

Bezugspreis:

Wöchentlich 70 Goldpfennig, monatlich 2,50 Goldmark vorwärts zahlbar.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Welt“ mit „Sieblung und Kleingarten“ sowie der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt“ und Frauenbeilage „Frauenstimme“ erscheint wochentags zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise:

Die einmalige Anzeigenpreise 0,30 Goldmark, Kleinanzeigen 1.- Goldmark.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Eindeutsches abgeben werden.

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3

Sonnabend, den 15. November 1924

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Kernprediger: Redaktion: Donhoff 292-295

Verlag: Donhoff 2506-2507

Generalagent und Exportabgabe.

Ein Schreiben Gilberts an den Reichsfinanzminister.

W.B. teilt mit:

Der Generalagent für Reparationszahlungen, S. Parker Gilbert, hat an den Reichsfinanzminister Dr. Luther folgendes Schreiben gerichtet:

In Übereinstimmung mit den Bestimmungen des Sachverständigenplanes, die festsetzen, daß die Gewährung und Zurückzahlung von Geldern für Kreditierung der Jahreszahlungen von dem Generalagenten und dem Transferkomitee kontrolliert und geregelt werden soll, habe ich die Ehre, Sie davon in Kenntnis zu setzen, daß der Generalagent für Reparationszahlungen der deutschen Regierung keine Beträge auf die Jahresleistung kreditieren wird, die den Exporteuren als Gegenleistung für Abzüge von ihren Warenrechnungen auf Grund eines Reparations Recovery Acts am 1. Dezember 1924 oder später zugewendet worden sind.

Alle Beträge, die für den vorstehenden Zweck angefordert werden sollten, werden nur von dem Generalagenten für Reparationszahlungen geleistet werden, und zwar sofern und soweit es dem Transferkomitee bevollmächtigt ist.

Das Transferkomitee hat in seiner Sitzung vom 31. Oktober 1924 den Generalagenten ermächtigt, Zahlungen gemäß der Reparations Recovery Acts bis auf weitere Entscheidung des Komitees zu leisten.

Wie wir aus gutunterrichteter Quelle erfahren, ist dieses Schreiben nicht als eine Antwort auf den deutschen Einspruch gegen die von Frankreich und Belgien eingeführte 25proz. Abgabe auf den deutschen Export aufzufassen.

Es handelt sich vielmehr um eine rein technische Entscheidung in der Frage der Buchführung der Exportabgabe bzw. ihrer Zurückstattung durch die deutschen Finanzbehörden. Bisher wurde diese Zurückstattung lediglich von deutscher Seite kontrolliert. Der Generalagent steht aber auf dem Standpunkt, daß er gemäß dem Dawes-Gutachten ein Kontrollrecht über diese Transaktionen haben muß, da es sich mitunter um sehr erhebliche Summen handelt. An der Entscheidung der deutschen Exporteure wird natürlich nichts geändert, allein werden sie die betreffenden Summen nicht direkt vom Reiche, sondern indirekt durch die Vermittlung des Generalagenten erhalten.

Der deutsch-französische Handelsvertrag.

Die Pariser Verhandlungen.

Paris, 14. November. (Eigener Drahtbericht.) Die deutsch-französische Kontroverse wegen der Erhebung der 25proz. Abgabe auf den deutschen Export datiert bereits von Ende September. Damals hatte die deutsche Regierung in einer Note gegen die von Herriot in der Kammer angekündigte Absicht, der englischen Recovery-Abgabe entsprechend den französischen Importeuren deutscher Waren die Verpflichtung aufzuerlegen, 25 Proz. des Fakturerpreises an die französische Regierung abzuführen, protestiert. Der von ihr entwickelte Rechtsstandpunkt, daß die Einführung einer permanenten Abgabe dieser Art im Widerspruch mit den Londoner Abmachungen stünde, die lediglich deren provisorische Erhebung für die kurze Uebergangsperiode bis zum vollen Inkrafttreten des Dawes-Planes gestattet wurde von der französischen Regierung in ihrer Antwort bestritten. Die juristische Kontroverse, die in verschiedenen Aussprachen fortgesetzt wurde, hatte zu keinem positiven Ergebnis geführt. Dagegen gewann die Frage erneut akute Bedeutung gelegentlich der Verhandlungen über den Abschluß eines deutsch-französischen Handelsvertrages.

In unmittelbarem Anschluß an die erste Sitzung der beiden Delegationen nach Wiederaufnahme der Verhandlungen am 10. November machte der Chef der deutschen Delegation, Staatssekretär Trendelenburg, den französischen Handelsminister Rainaldy in einer persönlichen Unterredung auf die enge Wechselwirkung beider Probleme aufmerksam, und er gab dabei der Befürchtung Ausdruck, daß die deutsche Regierung es nicht wagen werde, dem Reichstag einen deutsch-französischen Handelsvertrag zur Ratifikation vorzulegen, wenn sie ihm nicht gleichzeitig die Zusicherung geben könne, daß Frankreich auf die weitere Erhebung der 25proz. Exportabgabe, die den deutschen Export nach Frankreich nahezu völlig zu erdroffen drohe, verzichtet werde. Handelsminister Rainaldy wandte zunächst ein, daß es sich hier um eine Frage handle, die in das Kapitel der Reparationspolitik gehöre und deren Verquickung mit den Handelsvertragsverhandlungen er deshalb ablehnen müsse, weil die Entscheidung über diese Frage der Zuständigkeit des Ministerpräsidenten selbst unterliegt.

Es kam demgemäß zu der bereits mehrfach erwähnten Unterredung zwischen Herriot und Rainaldy bzw. dem deutschen Botschafter Herrn v. Hoersch und Staatssekretär Trendelenburg. Auch hier konnte eine Einigung über die rechtliche Seite der Frage nicht erzielt werden. Von französischer Seite wurde erneut darauf hingewiesen, daß Deutschland gegen die Erhebung der gleichen Abgabe in England keinen Widerspruch erhoben habe

und nicht recht einzusehen sei, warum der deutsche Export nach Frankreich durch die Abgabe stärker geschädigt werden solle als der Export nach England. Zu gleicher Zeit wurde es von französischer Seite sehr kategorisch abgelehnt, die Regelung der Angelegenheit in irgendeiner Weise mit den Handelsvertragsverhandlungen verquickt zu lassen.

Das ist nach Mitteilung von zuständiger Seite der augenblickliche Stand der Dinge. Staatssekretär Trendelenburg, der am Donnerstag zur Berichterstattung nach Berlin abgereist ist, wird Anfang der kommenden Woche in Paris mit neuen Instruktionen zurück erwartet. In unterrichteten Kreisen glaubt man Grund zu der Annahme zu haben, daß es zu einer Verständigung kommen wird.

Zu dem gleichen Thema meldet die „Express-Correspondenz“ aus Paris:

Die von der französischen Presse verbreiteten Gerüchte, wonach die Deutschen irgendwelche Bedingungen gestellt haben, die mit der Räumung des Ruhrgebiets, der Kölner Zone, dem Völkerverbund usw. zusammenhängen, sind durchaus unrichtig. Ebenso ist es nicht richtig, daß deutscherseits in dem Organisationsausschuß für die Sachlieferungen irgendwelche Obstruktion getrieben worden sei. Die Verhandlungen nehmen vielmehr einen durchaus normalen Verlauf und sind durch keine ungewöhnlichen Schwierigkeiten gekennzeichnet.

Das Statut der Sachlieferungen.

Paris, 14. November. (W.B.) Der auf Grund des Londoner Abkommens eingeleitete gemischte Ausschuß, der sich aus deutschen und alliierten Vertretern zusammensetzt und dessen Aufgabe darin besteht, ein neues Statut für die Sachlieferung auszuarbeiten, hat sich in seiner Nachmittagsitzung dahin geeinigt, die im Abkommen vorgesehene neutrale Personalität zu der künftigen Verhandlungen hinzuzufügen. Die Ernennung dieses neutralen Delegierten wird in den nächsten Tagen erfolgen.

Das Amnestiegesetz vor dem Senat.

Erfolg der Linken zugunsten der Eisenbahngesetzregeln.

Paris, 14. November. (Eigener Drahtbericht.) Der Senat, der am Freitag die Diskussion des Amnestiegesetzes fortsetzte, hat zur WiederEinstellung der Eisenbahner den von seiner Kommission vorgeschlagenen Text, der die Wiedereinstellung in das Ermessen der Gesellschaften stellt, nach einer Intervention Herrlots abgelehnt. Mit 161 gegen 135 Stimmen wurde ein Antrag der demokratischen Linken auf Wiederherstellung des Paragraphen in der ursprünglichen Fassung der Kammer, in der die Wiedereinstellung der entlassenen Beamten den Gesellschaften obligatorisch gemacht wird, angenommen.

Der Sinowjew-Brief.

Kein Abbruch der russisch-englischen Beziehungen.

London, 14. November. (Eigener Drahtbericht.) Der zur Untersuchung des Sinowjew-Briefes gebildete Ausschuß von Kabinettsmitgliedern besteht aus dem Außenminister Chamberlain und drei Mitgliedern der Regierung, die Juristen sind, darunter Lord Birkenhead. In den der Regierung nahestehenden Kreisen wird energisch bestritten, daß das Kohnelt-Baldwin-Plane, die Anerkennung Russlands als für sich nicht bindend zu erklären.

Am Freitag fand im Auswärtigen Amt ein Empfang der in England akkreditierten Botschafter statt.

Churchill reist nach Paris. — Die interalliierten Schulden.

London, 14. November. (Eigener Drahtbericht.) Die Ankündigung, daß der neue Schatzkanzler Winston Churchill in der nächsten Zeit nach Frankreich reisen werde, hat in der englischen Öffentlichkeit die Diskussion über die Frage der interalliierten Schulden erneut erregt. Keine der bisherigen englischen Regierungen ist auf das wiederholt gestellte französische Verlangen auf Annullierung der interalliierten Kriegsschulden eingegangen, weil die englische Öffentlichkeit davon nichts wissen will. Man erhofft durch die Rückzahlung der Kriegsschulden eine Erleichterung der Steuerlast. In den Londoner Finanzkreisen hat man zwar keine sehr günstige Meinung von der gegenwärtigen französischen Budgetwirtschaft, aber man ist der Ueberzeugung, daß Frankreich in etwa drei Jahren seinen Haushalt endgültig balanciert haben wird und dann fähig ist, seine Schulden zurückzuzahlen. Ebenso wie England keine Schulden an Amerika zurückzahlt, müsse das Frankreich auch gegenüber England tun. Die Totalsumme der alliierten Schulden an England beträgt rund 40 Milliarden Goldmark, von denen auf Frankreich und Italien 56 Proz. entfallen. Aus dem Wiederbeginn der Debatte über die Schuldenfrage ist ersichtlich, daß die Reise Churchills der Regelung dieser Angelegenheit dienen soll.

Ludo Moritz Hartmann gestorben.

Sozialdemokrat — Großdeutscher — Geschichtsforscher.

Wien, 14. November. (Eigener Drahtbericht.) Heute Freitag abend um 6 Uhr ist Genosse Prof. Dr. Ludo Moritz Hartmann, der ehemalige deutschösterreichische Gesandte in Berlin, einem Krebsleiden erlegen. Hartmann war im Jahre 1865 in Stuttgart geboren und hat an den Universitäten Wien, Berlin und Straßburg studiert. Der Verstorbene war schon seit längerer Zeit krank, hatte aber noch in den letzten zwei Tagen an Sitzungen der Partei teilgenommen. Das Leichenbegängnis findet Montag nachmittag statt.

Ein lieber Freund ist uns entzogen: unser Genosse Ludo Moritz Hartmann in Wien, seit längerer Zeit an schwerer Krankheit leidend, hat gestern Freitag früh einen Schlaganfall erlitten und ist abends gestorben. Selbst nahe Freunde durften nichts davon erfahren, daß er krank war, denn — so war Hartmanns Wesen — er wollte nicht, daß seiner Person irgendwie besonderes Interesse zugewendet, geschweige denn Schonung, Rücksicht oder gar Mitleid ihm entgegengebracht werde. Seine Bescheidenheit war ebenso groß wie sein Wert als Mensch, wie seine Bedeutung in der historischen Wissenschaft und wie die Zuneigung und Verehrung, die ihm seine vielen Freunde und Genossen übers Grab hinaus zollen.

Hartmann war von der Wissenschaft her zur Arbeiterbewegung gekommen; wie nicht wenige vor ihm, neben ihm und sicherlich auch nach ihm, so hatte auch er aus der Forschung und Lehre des Marxismus die Gewißheit geschöpft, daß die Entwicklung der Menschheit notwendig auf die Ueberwindung der Klassenunterschiede, der Klassengegenstände und des Klassenkampfes durch die Aufhebung der Klassen überhaupt hinzielt, auf die sozialistische Gesellschaft, und daß es darum gilt, das Proletariat physisch wie geistig kampffähig für seine nächsten Ziele und reif zur Erfüllung seiner späteren Aufgaben zu machen. Freilich war Hartmann schon von vornherein demokratisch und sozial eingestellt. War doch sein Vater kein anderer als der deutschböhmische Dichter und Abgeordnete der Linken im 1848er Parlament der Frankfurter Paulskirche, Moritz Hartmann. Wie aber der Vater Hartmann z. B. in seiner schönen Novelle „Der Krieg um den Wald“ und in anderen Werken ein tiefes Verständnis für die Seele des tschechischen Volkes zeigt, so lag auch dem Sohn, der ein Wortkämpfer des demokratischen Großdeutschland werden sollte, nichts so fern als irgendwelche Ueberhebung oder gar Feindseligkeit gegen andere Völker, die ja fast immer nur ein Zeichen der Unkenntnis ihrer Natur ist. Jenen wahren Internationalismus, dessen Grundlage die Liebe zum eigenen Volk ist, auch den fand Hartmann in der Sozialdemokratie, und so war er ihr unaussprechlich verbunden.

Ludo Hartmann hatte sich der akademischen Behriätigkeit für seine Lieblingswissenschaft, die Geschichte, zugewendet. Er war Privatdozent an der Wiener Universität. Seine Erfolge als wissenschaftlicher Forscher und Schriftsteller wie als Lehrer erzwangen ihm die hohe Achtung seiner Fachgenossen, und der Lehrkörper der Universität Wien ließ es nicht an Vorschlägen fehlen, Hartmann zunächst eine außerordentliche Professur zu erteilen. Aber der Kandidat war Sozialdemokrat und oben-dreien konfessionslos; darum durfte er nicht Universitätsprofessor werden. Das verhinderte der starke kirchliche Einfluß im k. k. Ministerium für Kultus und Unterricht, von den Bischöfen mit reger Unterstützung des kaiserlichen Hofes, besonders der jüngst verstorbenen Kaiserin Marie Valerie geübt. Erst die Republik Deutschösterreich konnte gut machen, was die Monarchie auch in diesem Einzelfall gesündigt hatte — an der Wissenschaft und ihrer Lehre gesündigt, die nach der Verfassung frei sein sollten.

Hartmann kannte den Feind sehr genau. Weit mehr als der laute politische Kampf lag seinem Wesen die stille Arbeit an der Volksbildung, der er sich mit nimmermüdem Eifer hingab. Die volkstümlichen Universitätskurse, mit denen Wien vielen deutschen Hochschulstädten vorangeht, die Volkshäuser — freie Volkshochschulen, deren Wien mehrere besitzt — verdanken Hartmann und einigen seiner engeren Freunde ihre Gründung und ihren Bestand, der schwere Zeiten materieller Not überwunden hat. Als der Merkantilismus wieder einmal die Hand nach der seit 1869 allgemein interkonfessionellen (simultanen) Volksschule ausstreckte, rief Hartmann mit den von Dr. Karl Lueger, dem christlichsozialen Führer und Wiener Bürgermeister, gemahregelten Lehrern Karl Seitz und Otto Glöckel — die heute als Bürgermeister und Stadtschulratsleiter an der Spitze des hauptsächlichsten Schulwesens stehen — den Kampfberein „Freie Schule“ ins Leben; er besteht heute noch, freilich haben die Bürgerlichen ihn größtenteils verlassen, zumal seit die Großdeutschen sich mit Haut und Haaren den Christlichsozialen verschrieben haben.

Die junge Republik Deutschösterreich aber, deren erstes Wort in der einstweiligen Verfassung das großdeutsche Bekenntnis war: „Deutschösterreich ist ein Glied der deutschen Republik“, wußte keinen Besseren als Ludo Hartmann für die außenpolitische Funktion, die ihr die wichtigste seien, für den Gesandtenposten in Berlin. Schon Ende

November 1918 übernahm er dieses Amt — noch in dem ehemaligen k. u. k. Botschaftspalais in der Koonstraße. Wo vorher nur hochadlige mit mehr oder weniger langen und meist recht fremdartig klingenden Namen kaiserliche Diplomatie getrieben, also nichts getan hatten, da zog nun ein deutscher Sozialdemokrat ein, und sofort begann die eifrigste Arbeit für die Verwirklichung jenes Einleitungsartikels der Wiener Verfassung. Heim ins Reich wollten die Millionen Deutschösterreicher, und da die Männer der deutschen Republik von gleichem Geist befeelt waren, betrachtete man Hartmann einfach als Gefandten eines der deutschen Länder. So hat er auch an den Vorarbeiten zur Weimarer Verfassung jenen Anteil genommen, der seinem Amt und Auftrag wie seinem geschichtlich-politischen Wissen und sprachhörerischen Können entsprach.

Der harte Zwang der Entente hat dieses Werk geknickt — seine Seele konnte kein Druck ertrinken. Hartmann rief mit Paul Löbe den „Österreichisch-Deutschen Volksbund“ ins Leben, der den Gedanken wachzuhalten hat.

Das Ausschleiden unserer Genossen aus der deutschösterreichischen Regierung und die Seipelsche Politik der Sanierung mit Ententehilfe gegen Aufgabe der Finanzhoheit des Staates statt durch eigene Anstrengung auf dem Weg, den die Sozialdemokratie wies und in der Gemeinde Wien selbst erfolgreich beschritt, veranlaßte Hartmann zum Rücktritt. Er ging wieder nach Hause ins Wiener Rathausviertel und auf die benachbarte Universität, um zu lehren und zu forschen. Die Wiener Wähler hatten ihn 1919 in den Nationalrat gewählt, nun wurde er vom Land Wien in den Bundesrat entsandt, der etwa unserem Reichsrat entspricht, aber ohne die gleiche Macht und nicht von Regierungen ernannt, sondern von den Landtagen gewählt.

In Wien, des Gesandtenamts mit seiner vielfachen Inanspruchnahme der Zeit ledig, schaffte der alte Schüler Rommens an seinem Werk weiter, die Schöpfungen seines Meisters über römische Geschichte mit modernen wissenschaftlichen Methoden fortzusetzen. Er hat dem deutschen Volk die vielverbreitete neue Weltgeschichte geschenkt. Er war ein wissenschaftlicher Organisator ersten Ranges und hat nach dem Krieg seine alten Beziehungen besonders zu italienischen Gelehrten sehr innig gestaltet. Seine letzte Arbeit ist eine Schrift über Italien.

Wir trauern mit unseren Genossen an der Donau um den uns Entzessenen, von dem die Wissenschaft wie die Volksbildung noch viel erwarten durfte. Das Leben wird auch diese Lücke ausfüllen — das Bedenken Ludo Hartmanns wird nicht erlöschen.

Die Scharfmacherpartei.

Programm der Deutschen Volkspartei. — Für Schwarz-Weiß-Rot und Klassenkampf des Unternehmertums.

Herr Stresemann hat auf dem Parteitag der Deutschen Volkspartei drei Reden gehalten, von denen eine jede anders nuanciert war. Er ist sicher ein Meister im Reden und im Vortragen, aber selbst drei Stresemann-Reden können nicht verdecken, was der Wahlausruf der Deutschen Volkspartei laut und deutlich in die Welt schreit. Diese Partei ist keine republikanische Mittelpartei. Sie ist eine Rechtspartei. Sie ist die Partei der verstockten Reaktion auf politischem Gebiet, sie ist die verkörperte Reaktion auf sozialem Gebiet. Der Parteitag der Deutschen Volkspartei hat einen Wahlausruf beschlossen, der das wahre Wesen der Partei des Herrn Stresemann kennzeichnet. Dieser Wahlausruf befaßt sich zunächst mit der Außenpolitik der Volkspartei:

„Wir bekennen uns zu dem Gedanken nationaler Realpolitik. Sie unterscheidet sich ebenso von einer Illusionspolitik, die sich eine nicht vorhandene Macht vorzulesen, wie von jener Illusionspolitik, die von moralischer Abdrückung Deutschlands Erfolge erträumt und nichts aus der Vergangenheit gelernt hat. Befreiung des Vaterlandes von moralischen und materiellen Fesseln ist unser Ziel. Widerstand gegen

Rechtsbruch, Verdrängung mit den Gegnern auf dem Fuße der Gleichberechtigung, Uebernahme von Lasten nur gegen Sicherung von Freiheit, Ehre und Leben als Kulturvolk. Wiedereinfügung Deutschlands als Faktor in Weltpolitik und Weltwirtschaft sind die Meilensteine unseres Weges. . . Die ersten Erfolge dieser Politik der Deutschen Volkspartei und ihres Führers beginnen zu reifen.“

Das Wort „nationale Realpolitik“ ist eine neue Erfindung des Herrn Stresemann, aber mehr nicht. Die Politik, die von der Volkspartei in der Regierung verfolgt werden mußte, wenn sie überhaupt Regierungspartei bleiben wollte, war nichts anderes, als die Außenpolitik der Weimarer Koalition. Die Früchte dieser Außenpolitik reifen nun heran, nachdem sie in zähem, jahrelangem Kampf von der Sozialdemokratie, von Männern wie Wirth, wie Rathenau gegen die Rechte verteidigt und durchgeführt wurde. Bis nach dem Ruhrkampf wurde die Befreiungspolitik durch Erfüllung, die Deutschland endlich den Weg ins Freie geöffnet hat, von der Partei des Herrn Stresemann auf das heftigste bekämpft. Die Partei des Herrn Stresemann hat immer die Interessen der deutschen Großindustrie gegenüber den Interessen des deutschen Volkes in den Vordergrund gestellt. Solange die deutsche Schwerindustrie in der Inflationszeit mit Gewinn für sich die Inflation vorwärts treiben und das deutsche Volk ausrauben konnte, solange hat die Deutsche Volkspartei die demokratische Außenpolitik bekämpft, deren Ziel es war, der Inflation ein Ende zu setzen, den Weg zur Verständigung mit den Gegnern auf dem Fuße der Gleichberechtigung und Weltwirtschaft einzugleichen. Die Partei des Herrn Stresemann hat sich erst zur demokratischen Außenpolitik bekehrt, als die Zerrüttung der deutschen Finanzen und die Zerrüttung der politischen und weltwirtschaftlichen Stellung Deutschlands aufhörte, für die Hyänen der Inflation, die sie vertrat, ein gutes Geschäft zu sein.

Die Wahlphrasen des Programmes der Volkspartei sind eine Unverschämtheit gegen die Führer der bisherigen Außenpolitik, nicht nur gegen uns Sozialdemokraten, sondern gleichermaßen gegen die Politiker des Zentrums und der Demokratischen Partei, die die bisherige Außenpolitik unterstützt haben.

Herr Stresemann hätte allen Grund, bescheiden zu sein und sich nicht als den Führer der deutschen Außenpolitik auszuweisen. Ohne die Gegenwirkung der republikanischen Parteien gegen die verhängnisvolle Politik, die er, die sein Parteifreund Stinnes, die seine ganze Fraktion im Interesse der Schwerindustrie während der Inflationszeit getrieben haben, wäre Deutschland längst verloren. Herr Stresemann war auch im Kabinett Marx nicht der Führer der deutschen Außenpolitik. Den Kurs der Außenpolitik mußte Herr Marx energisch gegen Herrn Stresemann durchsetzen. Wäre Herr Stresemann der Führer gewesen, die deutsche Außenpolitik wäre längst im Sinne deutschnationaler Katastrophepolitik betrieben worden.

Das Wahlprogramm der Deutschen Volkspartei ist der unterhöhlte Versuch, die Linie der bisherigen Außenpolitik zu verlassen, Brüden zu schlagen zu den Deutschnationalen. Das Schlagwort nationale Realpolitik soll die Bahn frei machen zum Bürgerblock.

Die wahren Ziele der Deutschen Volkspartei und damit des Bürgerblocks kommen in folgenden Sätzen zum Ausdruck:

„Wiedergeburt der Wirtschaft ist ohne Produktionsförderung, vernünftige Steuerreform und sozialen Schutz derjenigen Zweige nicht denkbar, die trotz rationeller Betriebsweise der Auslandskonkurrenz unterliegen würden.“

Das ist das Programm der sozialen Reaktion! Dahinter verbirgt sich die Absicht, die Lasten des Dames-Gutachtens durch Verlängerung der Arbeitszeit und durch Schutzgölle auf die arbeitende Bevölkerung abzuwälzen. Herr Stresemann hat erst vorgestern in seiner ersten Rede vor der Schutzpolitik gewarnt. Das Wahlprogramm seiner Partei ist das unverhohlene Bekenntnis zur Schutzpolitik. Ein neues System von Industriezöllen und Agrar-

zöllen, die Durchbrechung des Achtstundentages, die Bedrückung der Arbeiterschaft — das sind die Ziele des Bürgerblocks. Dies Wahlprogramm ist die Proklamierung des unerfüllten Klassenkampfes des Unternehmertums gegen die Arbeiterschaft. Es spricht lauter als die schändlich verlogenen Deklamationen gegen die Zerrüttung des Volkes durch Klassenkämpfe. Die Herren von der Schwerindustrie und ihre politischen Handlanger mögen sich nicht einbilden, daß die deutsche Arbeiterschaft schweigend und kampflustig ihre Diktatur hinnehmen wird. Politik der Volkspartei — das heißt Klassenkampf. Je mehr die Volkspartei ihre reaktionären Ziele durchzusetzen sucht, um so stärker wird der Klassenkampf der Arbeiterschaft anschwellen.

Und zu allem zeigt dieser Wahlausruf, wie die Volkspartei zur Republik und zu den Verfassungsfragen steht:

„Unter falscher Flagge, mit irreführenden Parolen ist der Wahlkampf eingeleitet worden. Verfassungsfragen stehen nicht im Vordergrund. . . Zur Schau getragenes Republikanismus ist keine Gewähr für Tüchtigkeit und Charakter. Barricaden lenken vom Wesentlichen ab und tragen die Gefahr der Ueberhebung und Verberbung in sich. . . Unter dem Symbol der alten Reichsfarben Schwarz-Weiß-Rot wollen wir ein neues, glänzendes Deutschland schaffen.“

Gibt es etwas Doppelzüngigeres, etwas Unehrlicheres als diese Partei, die auf der einen Seite als republikanische Mittelpartei in der Regierung sitzt, und auf der anderen Seite die Agitation gegen die Republik betreibt! Außenpolitisch schwankend und zweideutig, innenpolitisch die Vertreterin der sozialen Reaktion und der Diktaturgefühle des Großkapitals, das Sammelbecken aller verstockten Monarchisten und Schwarz-Weiß-Roten — so geht diese Partei in den Wahlkampf.

Die Deutsche Volkspartei, jenes zweideutige, verlogene, unehrliche Gebilde, ist die wahre politische Gefahr für Deutschland. Kampf gegen diese Partei, Kampf gegen die verkörperte Doppelzüngigkeit, das ist das Erfordernis dieses Wahlkampfes. Die Deutsche Volkspartei ist die Verkörperung des Bürgerblocks. „Bürgerblock oder Sozialdemokratie“ ist die Parole des Wahlkampfes, darum nieder mit der Volkspartei!

Der ganze Unterschied.

Wirth und Stresemann.

Da Herr Stresemann, um als außenpolitischer Führer zu erscheinen, sich von den bisherigen Führern der deutschen Außenpolitik unterscheiden muß, hat er das Wort von der nationalen Realpolitik erfunden. Man kann auch sagen reale Nationalpolitik, das ist gleich. Der Name ist da, wo ist der Unterschied?

In einer seiner Dortmunder Reden sagte Herr Stresemann:

„Trennt sich unsere Auffassung der Außenpolitik von den Parteien der Rechten, so trennt sie sich andererseits mit Entschiedenheit von der Illusionspolitik der Linken ab. . . Dr. Wirth war ein ehrlicher Anhänger der Erfüllungspolitik sans phrase.“

In der Tat! Wirth trieb Erfüllungspolitik ohne Klauen, Stresemann Erfüllungspolitik mit Klauen. Das ist der ganze Unterschied!

Staatshilfe für das Hochwassergebiet.

Eine Million Mark neu überwiesen.

Der Amtliche Preussische Pressedienst meldet:

Die Preussische Staatsregierung hat am Freitag als weitere Abhilfsmaßnahme der Notstandsaktion zur unmittelbaren Hilfeleistung für die geschädigten Einwohner des Hochwasserkatastrophengebietes die Summe von einer Million Mark an die hierfür bestimmte Zentrale, den Oberpräsidenten der Rheinprovinz, Dr. Fuhs, überwiesen. In den vorhergegangenen Tagen waren bereits 850 000 M. für den gleichen Zweck an den Oberpräsidenten von der Staatsregierung gesandt worden.

Begegnungen.

Von Peter Walter.

Süße Lichtfelle zerhacken die Dunkelheit. Schlaghämmer hämmern Takte auf eisernen Keilen, die sich in die stumpfe, zerbrochene Erde hineinwürgen. Kräftigespinnne Arme rudern Kreise in der Luft, Körper heben bei dem Ausprallen der Hämmer, eisernen harte Ecken sticht das Licht auf Gesichtern, die nichts sehen als den eisernen Keil, der in die Erde hinein muß — heute nacht noch. —

Arbeiter sind es, die blont zerriebene metallene Stränge aus festem Gestein lösen. Auf dem eisernen vierkantigen Keil schlagen sie die ganze Nacht den eigenen Schmerz tot — eigene Sehnsucht hämmern sie unbedugelt tot — ich weiß es. Diesen harten Arbeiter habe ich doppelt lieb in der Nacht, weil er den Schmerz hat, nichts zu sehen als bloßen einen Keil. Diesen Keil treibt er in die Erde, in feine Herze, in sein Gehirn, und fragt eine ganze Nacht sein Gehirn, warum er das machen muß. Das Gehirn läuft zum Herzen, das Herz zum Gehirn, fragt in der Nacht: „Worum muß ich das wohl machen?“ Aber er findet keine Antwort darauf. Nur in der Pause manchmal hebt er den Kopf, sieht eine steile Häuserwand und denkt ganz langsam: Vielleicht haben die Häuser schuld.“ Die Häuser. — — — Warum sie bloß die Häuser so eng bauen, wo doch die Menschen trinken. — —

Kranke Menschen kosten viel Geld. Er weiß es. Als seine Frau krank war, mußte er ein Vierteljahr sparen, um den Arzt zu bezahlen. Der Arzt sagte ganz ruhig: „Die Krankheit hängt auch mit der engen Wohnung zusammen.“ Jetzt grübelt er darüber schon lange. „Mit der engen Wohnung hängt die Krankheit zusammen. Warum sie bloß immer wieder enge Wohnungen bauen.“ Er möchte diesen Gedanken totnörgeln. Er sagt zu sich: „Meine Frau hat grüne Schmerzen und rote. Wenn die roten Schmerzen grün wären, dann hätte sie viel mehr grüne Schmerzen.“ Das sagt er jetzt schon seitmal hintereinander, um die engen Häuser zu vergessen. Er kann in der letzten Zeit schon gar nicht mehr richtig denken. — —

Immer wieder muß er grübeln — er weiß ja selbst darum. Manchmal ist es dann gut, wenn er hämmern um bis morgens. Er ist sehr erschöpft und berührt seine Frau im Bett nicht mehr. Er ist entkräftigt und schläft unruhig. Ganz wie träumt er von ungeheuren, stürzenden Häuserblöcken mit vielen Fenstern. — — Die Augen sind ihm weh.

Als ich im Süden war, traf ich zertumpte Scheinhauer. Ihre zertroffenen Gesichter, ihr wundene Augen schrien mich ebenso an. Einer spuckte Blut, immer kleine Klumpchen. Einen milden Kull fand ich am Hafen. Er hatte dieselben ausgegessenen, blauschwarzen Arme, vorspringende Bodenknochen und tiefliegende Augen. Arbeiteraugen. — —

Einmal schlief ich im Armenhause. Als ich morgens die Stiege hinaufkletterte, um ein Stück Brot abzuholen, fand ich auf dem Korridor ein kleines blaues Kind. Es hatte auch wieder dieselben trockenen, traurigen Augen, wie ich sie oft bei den Kindern fand, welche bei uns auf dem zweiten Hofe spielten. Alle diese Augen hatten ein so tiefes Verwundenes, als ob sie einer Rutiler Schöpfung entliehen wären. Alle schauten nach etwas aus. Vielleicht sahen sie alle doch im letzten Grade bloß Liebe.

Alle haben sie doch eine Sehnsucht zum guten Menschen. Ich kannte eine ehemalige Dirne. Die ging für Wochen wieder hinaus auf die Straße, um drei heimlich bei ihr hausende trankende Leute zu unterstützen. In dieser Dirne fand ich noch Liebe. — — Wer auch wieder diese Augen, die noch etwas ausschauen wie bei dem Kull, dem Kinde, dem Steinarbeiter, dem Straßenarbeiter. — —

Der Straßenarbeiter möchte manchmal sein Herz auf dem Eisen zerhauen.

Ich weiß es.

Neues von der Farbenphotographie.

Das „Jos-Pe“-Verfahren.

Die Farbenphotographie war immer das Schmerzkind aller Photographen, die die Wiedergabe der natürlichen Farben durch ein photographisches Verfahren als höchstes Ziel anstrebten. Während beim natürlichen Betrachten einer Landschaft helles Licht die Linien verfließen und die Farben hervorretzen läßt, ruft es in der Kamera die entgegengesetzte Erscheinung hervor: die Umrisse, die Linien, werden scharf, der Farbenreiz aber verfließt. Nun gab es allerdings bisher schon eine Reihe von Verfahren, die die Photographie in natürlichen Farben gestatteten, aber diese Bilder waren immer nur farbige Diapositive, also Glasbilder, und gestatteten nicht, von ihnen farbige Abzüge zu machen. Die oft in Zeitschriften veröffentlichten farbigen photographischen Bilder waren gewöhnliche Drucke nach diesen Glasplatten. Nun ist es gelungen, den Anfang mit einem auch für die industrielle Verwertung geeigneten, absolut sicher erzielenden Verfahren zur photographischen Herstellung farbiger Papierbilder zu machen. In einem Vortrag, den Professor Wente von der Technischen Hochschule Charlottenburg im Atelier Dührkoop, Unter den Linden, hielt, wurde der Entwicklungsgang der Farbenphotographie von ihren ersten feinsten Anfängen bis zu dem modernsten, dem sogenannten „Jos-Pe“-Verfahren geschildert. Bei dem neuen Verfahren wird ähnlich vorgegangen, wie bei der Herstellung dreifarbig-ger Drucke. Es werden drei Aufnahmen gemacht, bei denen die Negative durch Vorhalten von roten, blauen und gelben Filtern für die entsprechenden Linsen besonders lichtempfindlich gemacht werden. Zur Erzeugung dieser drei Aufnahmen ist eine besondere Kamera gebaut worden, die mit einem einzigen Objektiv drei in einem bestimmten Winkel zueinander angeordnete Platten bildet. Das Licht wird durch Spiegel auf die Platten gelenkt. So entstehen mit einer einzigen Belichtung drei in ihren Mitten vollkommen übereinstimmende Aufnahmen. Die Platten sind sogenannte „Jos-Pe“-Farbenplatten, die höchst farbenempfindlich sind

und nur kurze Belichtungszeit benötigen. Die drei in der Kamera erzeugten Teilbilder sind nicht nur in der Größe, sondern auch in der Helligkeitsverteilung gleich. Von diesen drei Platten, auf denen also jeweils die blauen, gelben oder roten Farbanalysen des Bildes besonders hervortreten, werden Diapositive von beliebiger Größe angefertigt, deren Schicht chemisch so zusammengesetzt ist, daß sie eine Farbblösung eingetaucht werden kann. Man beginnt mit der Blauplatte, taucht sie in eine blaue Farbblösung, spült sie ab und legt nun das Kopierpapier darüber, breitet über dieses ein Stück Wachsöl und streicht das Wasser herunter. Nach etwa drei Minuten ist die Blaupause von dieser Platte fertig. Sie wird heruntergenommen und nun auf die entsprechend vorbereitete Gelbplatte gelegt, wobei natürlich die einzelnen Linien sich genau decken müssen. Mit dieser Platte wird genau verfahren wie mit der Blauplatte. Das Kopieren der roten Platte vollendet dann das Dreifarbenbild, das zuweilen überraschend schöne, immer fast gleichmäßig ausfallende Töne ergibt. Dieses Verfahren wurde innerhalb von vier Monaten auf Grund einer von dem Hamburger Photographen Koppmann gefundenen Methode ausgebildet. Die Farben wirken noch nicht ganz natürlich, da blau und rot auf den Bildern zu stark hervortreten. Immerhin ist es ein vortreffliches Anfang und sicherlich werden viele so hergestellte Dreifarbenphotographien als durchaus brauchbare Abbildungen der Wirklichkeit angesehen werden können. — — W. M.

Kultusministerium und Bühnenvolksbund. In unserm gestrigen Bericht über die Zusammenkunft, zu der das Präsidium der Bühnengenossenschaft die Vertreter der Presse geladen hatte, erwähnen wir auch die Mitteilungen einiger Herren von der Bühnengenossenschaft, wonach dem Bühnenvolksbund seitens des Preussischen Kultusministeriums besondere Vorrechte eingeräumt worden seien. Dazu nimmt der Preussische Pressedienst auf Grund von Informationen aus dem Kultusministerium folgendes zu sagen: „Es ist unrichtig, daß der Bühnenvolksbund beim Preussischen Kultusministerium Vorrechte irgendwelcher Art, insbesondere das der Befreiung von der Konzessionspflicht oder die Vorteile unerblicher Privilegien, genießt. Zunächst ist für die hier in Betracht kommenden Fragen der Konzessionspflicht überhaupt nicht das Kultusministerium, sondern das Oberverwaltungsgericht die zuständige oberste Stelle. Im übrigen wird der Bühnenvolksbund als Besucherorganisation von Preußen wie von den anderen Ländern und vom Reich durchaus paritätisch mit der anderen Besucherorganisation, nämlich dem Verband der Freien Volkstheatervereine, behandelt. Er ist wie dieser Verband Mitglied der Preussischen Landesbühnen und erhält von den Ländern und vom Reich gemäß den in öffentlichen Verhandlungen geäußerten Beschlüssen der Parlamente, so des Preussischen Landtags, die gleiche Förderung, auch durch staatliche Beihilfen, wie z. B. der Verband der Freien Volkstheatervereine. Für das Dramatische Theater sind weder ihm, dem Bühnenvolksbund, noch Herrn Diercke irgendwelche staatliche Mittel gewährt worden.“

Die Theater des Bühnenvolksbundes zusammengebrochen. Das Schicksal des Landesbühnenverbandes, das dem Bühnenvolksbund gehörte, hat in diesen Tagen keine Zahlungsverhältnisse erlitten. Wie es heißt, sind auch Schauspielergagen in Höhe von 26 000 M. noch nicht bezahlt.

Das Ende der Regie.

Die Folge der Londoner Abmachungen.

Die Eisenbahnregie im besetzten Gebiet ist aufgehoben. In der Nacht vom 15. zum 16. November geht der Betrieb aller Regiestrecken im besetzten Gebiet an die Reichsbahngesellschaft über. Alle Maßnahmen und Vorschriften des Regiebetriebes werden von diesem Zeitpunkt an aufgehoben. Die deutschen Tarife und Verkehrsregeln treten an ihre Stelle. Die Fahrpläne für Personen- und Güterzüge werden schnellstens, bis zum 31. Dezember, abgeändert.

Damit ist die letzte Etappe der wirtschaftlichen Räumung der besetzten Gebiete vollzogen. Die Forderungen des Sachverständigenrats und die Londoner Abmachungen über die Wirtschaftseinheit Deutschlands sind erfüllt.

Es bleibt noch die Entfernung der Besatzungstruppen aus dem Sanktions- und Einbruchgebiet, die bis 25. August 1925 vollzogen sein muß. Dann ist der Vertragszustand wieder hergestellt. Das ist der Erfolg der Erfüllungspolitik, den die Deutschnationalen, die Kommunisten und die Deutschnationalen hintertreiben wollen. Im Jargon der Deutschnationalen müßte es heißen: Der Erfolg des „Zweiten Versailles“, das 49 oder 50 Proz. ihrer Fraktion verabschieden halfen.

Die Korruption des alten Regimes.

Ein Nachwort zum Hermann-Prozess.

Weil der ehemalige thüringische Innenminister Hermann einer in Not geratenen Beamtenfamilie 143 M. aus Mitteln zugewendet hat, die ihm von privater Seite persönlich zur Verfügung gestellt worden waren, wurde er von einem Weimarer Gericht wegen Veruntreuung von Staatsgeldern zu 1000 M. Geldstrafe verurteilt. Der Staatsanwalt hatte 3000 M. Geldstrafe oder 3 Monate Gefängnis beantragt. Das Gericht stellte in aller Deffektivität fest, daß der Minister niemals in den Verdacht kommen könne, eine Handlung aus irgendwelchen unedlen Motiven begangen zu haben.

Gegen 143 M. für eine arme Beamtenfamilie 1000 M. Geldstrafe! Wozel hätte der Reichskanzler Bülow seinerzeit an Strafe erhalten müssen, wenn die Gerichte, die jetzt wegen Väterlichkeiten eine kleinliche und empörende Hege zu politischen Zwecken gegen republikanische Minister veranlassen, in der Zeit des Kaiserreiches gegen die großen, öffentlich bekannten Skandale des alten Regimes eingeschritten wären.

Wir erinnern uns an folgenden Fall: Im Jahre 1905 wurde auf Drängen Wilhelms II. der Erbprinz Ernst zu Hohenlohe-Langenburg zum Reichskanzler Bülow als Kolonialdirektor in den Reichsdienst eingestellt. Es stand dem Prinzen zu Hohenlohe und Langenburg ein etatsmäßiges Gehalt von 20 000 M. zuzüglich 1500 M. Wohnungsgeld zu. Auf Anordnung des Reichskanzlers Bülow wurden dem Prinzen zu Hohenlohe-Langenburg ohne die erforderliche Zustimmung der gesetzgebenden Körperschaft heimlich zu diesem Direktorgehalt weitere Bezüge ausgezahlt. Er erhielt aus einem für diesen Zweck nicht zuständigen Gehaltsmittel, aus dem sogenannten Hilfsarbeiterfonds noch 10 000 Mark Gehaltszuschuß und 20 000 M. Wohnungsgeld, so daß er insgesamt 50 000 M. bezog. Sein Nachfolger Dernburg erhielt, solange er Kolonialdirektor war, lediglich die für diese Stelle von den gesetzgebenden Körperschaften bewilligten 21 500 M. Der inzwischen verstorbene Personalreferent v. König trug dem die Kassenorder auslegenden Beamten auf, hierüber „um Gotteswillen nichts bekannt werden zu lassen“. Die Sache wurde aber doch bekannt. Das Reichsschatzamt forderte den Erbprinzen zur Rückzahlung des ihm zu Unrecht ausgezahlten Betrages von rund 30 000 M. auf. Der Erbprinz weigerte sich schriftlich, den überhöhenen

Betrag zurückzahlen mit der Begründung, daß der Reichskanzler v. Bülow ihm die erhöhten Bezüge versprochen hätte.

Der Reichskanzler v. Bülow hat sich damals glatt über das Staatsrecht des Reichstages hinweggesetzt. Er hat Staatsgelder veruntreut. Lautere Motive können ihm nicht zugestanden werden. Es handelte sich einfach um eine ungelegte finanzielle Sonderzuwendung an einen Verwandten des Kaiserhauses.

Kein Staatsanwalt hat damals gegen den Reichskanzler v. Bülow, wie gegen den Erbprinzen v. Hohenlohe-Langenburg Anklage erhoben. Keine der rechtsstehenden Zeitungen, die gegen den Minister Hermann eine schamlos verlogene Hegekampagne geführt haben, und die ehrlos genug sind, den Zusammenbruch der Anklage im Prozeß Hermann ihren Lesern zu verschweigen, hat damals diesen öffentlichen Skandal mitzuteilen gewagt.

Alle Hepperische gegen republikanische Minister sind bisher schmächtig ammenge rochen. Die Verwaltung der Republik ist ehrlich und rein. Die Korruption des alten Regimes aber und der Justiz des kaiserlichen Deutschland stinkt gen Himmel!

Marx gegen die Deutschnationalen.

Gegen die Angriffe auf den Reichspräsidenten.

Breslau, 14. November. (M.Z.) Im überfüllten Saale des Schlehnerdas erschien heute auf Einladung der Zentrumsparlei Reichskanzler Dr. Marx. Er wurde mit großem Beifall empfangen und führte etwa folgendes aus:

„Kürzlich habe ich darauf hingewiesen, daß das Zusammenarbeiten von Deutscher Volkspartei, Zentrum und Demokraten sich bewährt hat, und betont, daß diese drei Parteien auch fernerhin der feste Kern in der Regierung und im Parlament darstellen müssen. Es ist bezeichnend, daß ein rechtsstehendes Blatt diese Aeußerung mit den Worten kommentiert: „Marx wird immer gefährlicher.“ Stimmt man denn auf dieser Seite allen Ernstes, in Deutschland nach der Wahl mit einer Rechteerweiterung weiterzukommen? Die Stichproben, die in den letzten Wochen in Mecklenburg in Hamburg und in Anhalt stattfanden, scheinen mir nicht gerade dafür zu sprechen, daß am 7. Dezember ein überwältigender Sieg der Parteien der Rechten zu verzeichnen sein wird, so daß selbst die Parteien der Mitte nicht einmal mehr zur Regierungsbildung benötigt werden. Ich betone auch heute wieder — und das gilt für jede Partei, die nicht grundsätzlich in der Opposition verharren will —, daß eine gewisse Abhängigkeit in der Führung des Wahlkampfes notwendig ist, wenn der neue Reichstag nicht von vornherein wieder zur Unfruchtbarkeit verurteilt sein soll; denn eine Verwässerung der politischen Sitten im Wahlkampf kann nicht ohne Folgen bleiben für die Sitten des Parlaments, das aus dem Wahlkampf hervorgeht. Die Erfahrungen mit dem letzten Reichstag sind doch traurig genug. Wer immer und immer wieder die Auswüchse des parlamentarisch-demokratischen Systems beklagt, sollte vor allem sich selbst vor schweren Enttäuschungen hüten.“

Eine schwere Enttäuschung ist es aber, die Person des Reichspräsidenten in den Wahlkampf hineinzuzerren, und dazu noch in solch gefährlicher Art, wie das zuerst geschah. Der Reichspräsident steht solange er auf seinem Posten ist über den Parteien, und die Parteien sollten diese Stellung respektieren. Das ist einfach ein Gebot des politischen Anstandes, aber auch der Klugheit, denn was jetzt dem Reichspräsidenten Ebert widerfährt, kann später einem anderen widerfahren. Mit solchen, überdies durchwegs gegenstandslosen Angriffen auf den Reichspräsidenten schädigt man auch das deutsche Ansehen in der Welt. Leider ist

es notwendig, an diese Selbstverständlichkeit Partei: zu erinnern, die ihre Opposition so gerne als „national“ bezeichnen.“

Bestrafter Verleumder.

1000 Mark Geldstrafe wegen Beleidigung des Reichspräsidenten.

Halle, 14. November. (Eigener Drahtbericht.) Am Donnerstag hatte sich vor dem Schöffengericht in Eisleben der Feischermüller Franz Walter aus Unteröbblingen a. See wegen Beleidigung des Reichspräsidenten zu verantworten. Walter hatte im April 1924 auf einer Fahrt nach Halle in der Eisenbahn ein politisches Gespräch geführt und dabei auch den früheren Reichsminister Scheidemann und den Reichspräsidenten Ebert mit Schimpfwörtern, wie Lumpen usw., beleidigt. Unterstützt wurde er darin durch einen in selben Abteil sitzenden Hauptmann a. D. Ein zufällig mitfahrender Republikaner wollte die beiden Heber auf dem Bahnhof in Halle feststellen lassen. Der Hauptmann a. D. wählte aber der Vorsicht halber einen Teil und verstand, während der Fleischermeister zur Polizeiwache folgen mußte. Das Gericht verurteilte den Schimpfhelden zu 1000 M. Geldstrafe. Nur sein hohes Alter befreite ihn vor dem Gefängnis.

Aus dem Wahlkampf.

Die „Nationalpost“, das offizielle Parteiorgan der Deutschnationalen in Berlin, rüffelt die „Deutsche Zeitung“, weil sie den Kammer der Deutschnationalen zu offen zugestimmt:

„Diese Rechtsparlei kann, wie nun einmal die Dinge liegen, nur die Deutschnationale Volkspartei sein. Es geht nicht an, ihr im selben Atem Wangel an Charakter vorzumerfen und gleichzeitig von w. d. z. zugewinnenden Vertrauen zu sprechen. Wer überhaupt den Aufstieg der Deutschnationalen will, muß den Schwächen der Wahlparleien Rechnung tragen, die sich aus dem Charakter der Wahlparleien ergeben. Nur ein ganz großer, überlegener Führer würde es vielleicht fertig bringen, alle die Hemmnisse zu überwinden, die sich daraus ergeben. Solange ein solcher nicht gefunden ist, müssen die verschiedenen Richtungen und Strömungen von selbst zusammenhalten und Disziplin zeigen. Auch die „Deutsche Zeitung“ wird sich zu entscheiden haben, ob sie in diesem Sinne den Erfolg der Deutschnationalen am 7. Dezember will oder nicht. Will sie ihn, und das nehmen wir an, da wir keinen Anlaß haben, an der vaterländischen Einstellung der „Deutschen Zeitung“ zu zweifeln, dann muß bis zum 7. Dezember alles zurückgestellt werden, was zwar nicht unvorteilhaft, wohl aber die hunderttausende von Mitläufern ruhig machen und verwirren kann, die nun einmal zu einem glatten Wobler gehören. Das Ein von Unkenntnis zwischen den Wählern befragen die Schwarzrotgelben ohnehin schon genügend.“

Durch Verschweigen und Unwahrheit sollen die Wähler eingetäuscht werden. Nur nicht kopfscheu machen, ist die Parole.

In der Spitze des nationalsozialistischen Reichstagswahlvorschlages steht wiederum General Ludendorff. Von den bekannten Führern nehmen Graefe die zweite, Graf Reventlow die dritte und Major Henning die fünfte Stelle des Reichstagswahlvorschlages ein. Bemerkenswert ist das Fehlen des bekannten völkischen Führers Wulle in dem nationalsozialistischen Reichstagswahlvorschlages. Im ganzen umfaßt die neue völkische Liste 20 Kandidaten.

Abgebaut wegen Tüchtigkeit.

Der Spandauer Abbaufandal.

Die Abbaurei in Berlin ist mit Recht bereits in bürgerlichen Zeitungen als einer der größten Skandale bezeichnet worden, die in der Kommunalpolitik je erlebt worden sind. Die plekumstrittene Personalabbaurei soll eine Verbilligung und Vereinfachung der Verwaltung ermöglichen. Durch sie sind eine Reihe verfassungsmäßiger Rechte der Beamten außer Kraft gesetzt. Zum Ausgleich dafür ist aber sowohl durch Gesetz wie durch Ausführungsbestimmungen der zuständigen Ministerien der Versuch gemacht worden, eine Reihe von Kautelen zur Sicherung der berechtigten Interessen der vom Abbau betroffenen Beamten zu schaffen. Bei den Wahlbeamten, auf die in Breußen der Abbau ausgedehnt worden ist, hat sich die Abbaurei so ausgewirkt, daß die in Betracht kommenden Dienststellen (Stadtverordnetenversammlung und Gemeindevorstand) an Stelle der Anwendung der Bestimmungen des Gesetzes willkürlich ihre politischen Leidenschaften spielen ließen. Der Abbau der Wahlbeamten ist dadurch zu einer politischen Frage geworden. Reaktionäre und Bürgerblock-Zufallsmehrheiten haben geglaubt, ihren Gelüsten freien Lauf lassen zu können.

Ein geradezu klassischer Fall für ein bewußt parteiliches Vorgehen ist das Verhalten der Mehrheit der Bezirksverordnetenversammlung Spandau beim Abbau unseres Genossen Dr. Herz. Stadtrat Dr. Herz gilt in allen Fachkreisen als ein anerkannter und angesehener Fachmann. Seine berufliche Befähigung, seine juristische Vorbildung und seine Qualitäten als Verwaltungsbeamter sind von keiner Seite bestritten worden. Aber er hat zwei Fehler: er ist Sozialdemokrat und er ist Jude. Das letztere ist wahrscheinlich noch schlimmer. Klar ist, daß ein solcher Mann abgebaut werden muß! Die Bezirksverordnetenversammlung Spandau hat sich in diesem Falle durch feinerliche Rechtsbeugungen von ihrer standesüblichen Rechtsbeugung abhalten lassen. Daß es sich um eine objektive Rechtsbeugung handelt, über deren Charakter sich die Mehrheit der Spandauer Bezirksverordnetenversammlung nicht im unklaren sein konnte, geht aus folgenden Daten hervor. Unter dem 8. November hat der Magistrat mit Unterschrift des Oberbürgermeisters eine Rundverfügung an die Bezirke erlassen, in der mit Rücksicht auf den vielfachen Mißbrauch der Bestimmungen der Personalabbaurei folgendes festgestellt wird:

1. Der Abbau der Stellen des Vorsitzenden des Bezirksamtes und seines Stellvertreters ist unzulässig, weil die Stellen im Gesetz vom 27. April 1920 (§ 25) vorgeschrieben sind.
2. Vor dem endgültigen Abbau von besetzten Bezirksamtsstellen, deren Stellen nicht in Fortfall kommen sollen, ist die Genehmigung des Herrn Oberpräsidenten zur Wiederbesetzung der Stellen einzuholen. . . . Die Genehmigung zur Wiederbesetzung kann die Aufsichtsbehörde, wenn die Umstände des Falles es rechtfertigen, insbesondere wenn die Zustimmung nicht vorher eingeholt ist, von der Bedingung abhängig machen, daß der bisherige Stelleninhaber wieder eingestellt wird (Ministerialerlass vom 28. September 1924.)

Nach diesen klaren Bestimmungen konnte ein Abbau des Stadtrats Dr. Herz, der stellvertretende Bürgermeister in Spandau ist, nur in Betracht kommen, wenn vorher der Oberpräsident um Genehmigung der Wiederbesetzung der Stelle ersucht worden war. Die Bezirksverordnetenversammlung hat sich um diese vorgeschriebene Verpflichtung überhaupt nicht gekümmert.

Die Abbaureiordnung schreibt ferner vor, daß der abzubauen Beamte Gelegenheit haben muß, sich zu dem Abbaubeschluß der Dienststelle (in diesem Falle Bezirksverordnetenversammlung) zu äußern. Die Bezirksverordnetenversammlung Spandau hat das nicht für notwendig gehalten. Der Vorsitz der Versammlung hat zwar dem Stadtrat Dr. Herz den Beschluß der Versammlung mit der Bitte um Äußerung mitgeteilt, die Versammlung beschloß aber in ihrer nächsten Sitzung, daß dieses Vorgehen gänzlich überflüssig gewesen sei und daß sie lediglich eine Erneuerung ihres ersten Beschlusses festsetze.

Dieses Verhalten der Bezirksverordnetenversammlung ist verständig, wenn man bedenkt, daß jeder Abbaubeschluß begründet sein muß und daß es im § 20 der Abbaureiordnung heißt:

„Für die Auswahl (der Abzubauenen) ist der Wert der beruflichen Leistung für die Staatsverwaltung, bei gleichwertigen Leistungen sind die wirtschaftliche und die familiären Verhältnisse entscheidend. Bei Berücksichtigung der familiären Verhältnisse sollen ledige Beamte vor verheirateten Beamten, kinderlose vor Beamten mit unterhaltungsberechtigten Kindern usw. usw. bevorzugt werden.“

Die Bezirksverammlung hat gar nicht daran gedacht, im Falle Dr. Herz sich an diese Bestimmung zu halten. Daß seine Leistungen denen aller anderen Bezirksamtsmitglieder gleichwertig sind, wurde nicht bestritten. Seit Abbau wird nur damit begründet, daß er „zu den wirtschaftlich Stärksten“ gerechnet wird. Die Begründung deswegen, Dr. Herz als wirtschaftlich stark angesehen wird, ist das Homosexuelle, was man überhaupt bei solchen Abbaufällen je gehört hat. In dem Schreiben des Vorsitzenden der Versammlung heißt es:

„Als früherer anerkannt tüchtiger Rechtsanwalt (!) in Altow wird es Ihnen auch für die Zukunft nicht schwer fallen, sich wieder eine Rechtsanwaltspraxis zu errichten und dadurch den Lebensunterhalt für sich und Ihre Familie in angemessener Weise zu bestreiten.“

Also, der verdammte Jude ist auch noch ein tüchtiger Kerl, also kann man ihn erst recht abbauen! Das ist echte Bürgerblocklogik. Daß Dr. Herz der einzige Spandauer Stadtrat mit drei unverheirateten Kindern ist, spielt gegenüber seiner Tüchtigkeit keine Rolle. Sonst werden die Sozis „wegen Untüchtigkeit“ abgebaut, hier hat man der Abwechslung halber mal den Fall, daß der Jude und Sozi mal wegen Tüchtigkeit abgebaut wird.

Wir sind auf Einzelheiten dieses Falles nicht nur deswegen eingegangen, weil es sich um einen der anerkanntesten sozialdemokratischen Kommunalpolitiker, des Verfassers des kommunalen Programmentwurfes der USP, handelt, sondern weil mit derselben rücksichtslosen Überachtlung aller gesetzlichen Bestimmungen überall da gearbeitet wird, wo wild gemordete bürgerliche Mehrheiten einen Sozialdemokraten glauben bekämpfen zu können. Wenn es noch die Möglichkeit eines Appells an das Recht gibt, dann muß die Aufsichtsbehörde diesem Skandal ein Ende bereiten. Die Sozialdemokratie wird sich nicht gefallen lassen, daß das Recht zu ihren Ungunsten in dieser Weise vergewaltigt wird.

Aus der Werkstatt Anatole Frances. Die Werke des verstorbenen Anatole France zeichnen sich nicht zuletzt durch ihre große Formvollendung aus. Zu einem großen Teil ist dies dem großen Reichtum des Dichters zuzuschreiben, mit welchem er an seinen Werken teilte. So berichtet Paul Gsell, der zu den intimen Freunden des Verstorbenen gehörte, in seinen Erinnerungen an Anatole France über die Entstehungsgeschichte des bekannten Werkes: „Die Jungfrau von Orleans“, daß dieses dem Dichter 20 Jahre ernster literarischer Arbeit gekostet habe. Jede Seite wurde verbessert und immer wieder durchgesehen, verfeinert wie ein Werk der Bildhauerei. Wenn man die Manuskripte einer Durchsicht unterzieht, nimmt man mit Entsetzen wahr, wieviel Arbeit ihm sein schönbar leichtfüßiger und versenkter Stil gekostet hat. Mit unermüdlichem Fleiß suchte Anatole France die denkbar einfachste des Stils zu finden, die er in der Tat auch erreichte.“

Was eine „Film-Minute“ kostet. Eine amerikanische Filmfirma hat von ihrem Statistiker berechnen lassen, wie hoch sich durchschnittlich die Kosten für einen Film stellen. Die Durchschnittszeit für die Aufnahme eines Dramas ist auf vier Wochen, d. h. 24 Arbeitstage berechnet, wobei Zeitverlust durch schlechtes Wetter usw. eingeschlossen ist. In einem achtstündigen Arbeitstag müssen also, da jedes Bild etwa 300 Szenen umfaßt, 12 bis 13 Szenen aufgenommen werden. Die Durchschnittskosten für einen Film betragen 25 000 Dollar, für jede Szene, einschließlich Text also 83 1/2 Dollar. Eine Tagesarbeit ist gleich einer Ausgabe von 1040 Dollar, und jede Minute kostet 27 Dollar. Die Aufstellung schließt mit einer Rechnung an die Schauspieler und das übrige Personal, mit den Minuten zu zahlen.

Die drei Pferde. Friedrich Wilhelm IV. von Preußen war als Kronprinz mit der Regierung seines Vaters nicht sehr zufrieden. Eines Tages ließ er vor dem königlichen Schloß drei Pferde, ein blindes, ein lahmes und ein magres, so lange herumführen, bis der König sie bemerkte. Auf dessen Frage, was das zu bedeuten habe, erwiderte er: „Das will ich Eure Majestät sagen. Das magere Pferd ist das Volk, das von schlechten Beamten ausgegossen wird; das lahme das Ministerium, das nicht zu handeln versteht, und das blinde stellt Eure Majestät dar, die nicht sieht, wie man mit Unrecht über das Volk hinwegfährt.“ Die Folge war eilige Loge stürzender Krusel.

Im Kronprinzenpalais wird Dr. A. Daun, Dezentist für Kunst im Volkshaus, am Sonntag, den 16. vom 9. Uhr, Vortrag über die drei bedeutendsten modernen Gemälde des Impressionismus und Expressionismus halten.

Am Freitag findet unter der Leitung von Prof. Siegfried Doh in der Volkshaus eine Aufführung der Verlobungen des Rissale statt. Die Rollen haben übernommen Frau Hilke Meunach, Arminie Dide Elger, Die Herren G. V. Walter und Prof. Albert Fischer. Außerdem werden mit der Chor der staatlichen akademischen Hochschule für Musik und das Symphonische Orchester, sowie als Organist Fritz Reiner.

Kell Lauchner ist a. St. in der neugegründeten Volkshaus-Verlags- und Vertriebs-G.m.b.H. drei neue Werke erschienen: eine unmittelbar aus den Quellen schöpfte Bearbeitung der „Salustiana“ des Kalidasa, ferner ein Drama „Kalidasa“ und die Komödie eines modernen Abenteuerers „Die Entdeckung des Antinoia-Graues“. Der Volkshaus-Verlag wird auch alle weiteren Werke Lauchners in den nächsten Tagen herausbringen. Die Uraufführung der „Salustiana“ wird voraussichtlich noch im Dezember in der Berliner Volkshaus stattfinden.

Gewerkschaftsbewegung

Der Streik der Hochbahner.

Bedorftender Vermittlungsversuch.

Wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, wird von den beteiligten Schlichtungsstellen ein Versuch unternommen, den Streik der Hochbahner, der das gesamte Wirtschaftsleben Berlins in Mitleidenschaft zieht, durch Verhandlungen zu schlichten. Wir erfahren weiter, daß auch in der Berliner Gemeindeverwaltung die Stilllegung der Hochbahn, an deren geregelter Weiterführung die Stadt Berlin als Vertragskontrahent ein wesentliches Interesse hat, bereits zu Erörterungen geführt hat, die sich in der nächsten Stadtverordnetenversammlung zu bestimmten Anträgen verdichten werden. Es ist anzunehmen, daß sich der Magistrat schon vorher mit der Stilllegung eines der lebenswichtigen Verkehrsmittel Berlins befaßt wird.

Da es nunmehr offenbar ist, daß die Ankündigungen der Hochbahn über die Wiederaufnahme des Betriebes nichts anderes waren als Täuschungsmanöver, bestimmt, die Öffentlichkeit wie das Personal zu bluffen, ist es höchste Zeit, daß die zuständigen Stellen — und dazu gehört vor allem der Berliner Magistrat — mit der Direktion der Hochbahn ein ernstes Wortchen spricht. Es geht nicht an, daß die Bevölkerung Berlins weiter unter dem Geldschreck der deutsch-nationalen Leiter der Deutschen Bank leidet. Denn diese ist es, die die Hochbahn „kontrolliert“ und die Taktik der Direktion der Hochbahn bestimmt. Dieselbe Scharfmachertaktik bestimmt die Deutsche Bank auch in einem der größten Berliner Warenhäuser, mit dem wir uns wiederholt befaßt haben.

Die Frage aber steht so: Sind die Berliner Verkehrsmittel dazu geschaffen, um gewissen Scharfmachern als Versuchssubjekt zu dienen bei ihrem Plan der allgemeinen Beseitigung des Achtstundentages und der Herabdrückung der Lebenshaltung der Arbeiterschaft?

Darf es weiter gestattet werden, daß die Hochbahngesellschaft zur Durchführung dieses Plans von den vertraglich übernommenen Verpflichtungen befreit wird?

Es gibt hier keine Frage der höheren Gewalt. Die Hochbahngesellschaft führe den immerhin noch gesetzlichen Achtstundentag wieder ein; sie gewähre die bestehenden und erfüllbaren Lohnforderungen — und die Hochbahn rollt wieder. Die Hochbahngesellschaft kann dies tun — also muß sie es tun.

Die Entlassungen der Reichsbahngesellschaft.

Irreführung der Öffentlichkeit.

In der Berliner Abendpresse vom Montag erschien eine Notiz über die in Aussicht genommenen Entlassungen in den Werkstätten der Reichsbahngesellschaft. Der Kern dieser Meldung bestand in der Behauptung, daß diese durch ein Rundschreiben der Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahngesellschaft angeordneten Entlassungen nach Verhandlungen mit dem Hauptbetriebsrat und den Gewerkschaften durchgeführt werden und deren Zustimmung gesunden haben.

Diese Behauptung, deren Unrichtigkeit mir bereits in der Morgenausgabe vom Dienstag festgestellt haben, beruhte auf einer Mitteilung, die der Presse in einer am gleichen Tage abgehaltenen Konferenz von dem Pressereferenten der Hauptverwaltung gemacht worden war. Wie wir nun erfahren, ist infolge einer Beschwerde des Hauptbetriebsrates über diesen Vorgang in Verhandlungen mit maßgebenden Persönlichkeiten der Hauptverwaltung der Reichsbahngesellschaft festgestellt worden, daß dies Rundschreiben dem Hauptbetriebsrat nicht einmal vorgelegt, geschweige denn mit ihm oder mit Vertretern der Gewerkschaften beraten worden ist. Bei dieser Gelegenheit ist auch betont worden, daß der Hauptbetriebsrat und die Gewerkschaften es auch im Falle solcher Verhandlungen abgelehnt hätten, dem Rundschreiben ihre Zustimmung zu geben.

Damit ist die Unrichtigkeit der Mitteilung des Pressereferenten der Hauptverwaltung, sowie der Presse selbst von authentischer Seite zugegeben worden. Die Leichtfertigkeit, mit der hier eine irreführende falsche Nachricht verbreitet wurde, wird nicht dadurch gemildert, daß diese falsche Nachricht offenbar Mißtrauen und Zwietracht unter die Eisenbahner säen sollte.

Volkswirtschaft und Achtstundentag.

Als zu Beginn dieses Jahres in der Schweiz die Volksabstimmung über die Aufrechterhaltung des Achtstundentages stattfand, konnten Regierung und Unternehmer nicht genug darauf hinweisen, daß bei einer Beibehaltung das ganze Land der vollständigen wirtschaftlichen Fehlleistung entgegengehen werde. Wie nicht anders zu erwarten war, hat sich jedoch gerade das Gegenteil ereignet. Seit der Abstimmung, bei der sich die große Mehrheit des Schweizer Volkes zugunsten des Achtstundentages aussprach, sind die Ziffern für Warenexport von Monat zu Monat gestiegen. Der Export, der auf 30 bis 40 Proz. des Friedensjahres zurückgegangen war, hat nunmehr die Zahlen

der Vorkriegszeit wieder erreicht. Die Zahl der Arbeitslosen und Kurzarbeiter ist zurückgegangen. Während man Ende März noch 21 380 Arbeitslose zählte, waren es schon Ende April nur noch deren 16 700. Im 1. Vierteljahr 1924 hat sich die Ausfuhr von Hartwaren allein um 20 vom Hundert gehoben. Der Export von Baumwoll- und Wollewaren ist ebenfalls beträchtlich gestiegen. Die Ausfuhr von Uhren hat sich von 40 auf 48 Millionen Franken erhöht, die der Maschinen von 35 auf 41,3 Millionen. Beinahe liegen die Verhältnisse bei allen anderen Ausführartikeln. Im Baugewerbe ist die Beschäftigung wieder auf Vorkriegeshöhe. Viele Industrien, die ganz daneben lagen (Stickerien usw.), haben sich wieder erholt und beschäftigen eine große Zahl von Arbeitern. Natürlich mögen bei dieser Entwicklung auch noch andere Faktoren eine Rolle gespielt haben, doch kann auf alle Fälle gesagt werden, daß die Beibehaltung des Achtstundentages diese Entwicklung nicht gehemmt hat.

Die Lohnverhandlungen im Bergbau gescheitert.

Essen, 14. November. (W.F.B.) Die heutigen Lohnverhandlungen zwischen Zechenverband und Bergarbeiterverbänden sind nach eingehender Erörterung der gegenseitigen Standpunkte gescheitert, da sich eine Annäherung der Anschaunngen nicht erreichen ließ. Die Unternehmer erklärten es im Hinblick auf die Gesamtlage der deutschen Wirtschaft und auf die jetzt schon stark eingeschränkte Beschäftigungsmöglichkeit ihrer Arbeiter ablehnen zu müssen, eine Lohnhöhung einzutreten zu lassen. Es wurde von ihnen geltend gemacht, daß ein solches lediglich weitere Abschwächung und Betriebseinschränkungen mit sich bringen und ferner eine Vermehrung der schon jetzt in großer Zahl erforderlich werdenden Freischichten zur Folge haben würde, so daß die Arbeiterschaft von einer Lohnhöhung in Wirklichkeit keine Vorteile haben würde. Es wurde schließlich darauf hingewiesen, daß die Löhne die nominalen Friedenslöhne bereits überschritten hätten. Die Arbeitervertreter erkannten dies an, verblieben aber bei dem Standpunkt der Notwendigkeit einer Lohnhöhung.

Essen, 14. November. (Eigener Drahtbericht.) Die Lohnverhandlungen für den Bergbau sind gescheitert. Die Bergarbeiterorganisationen werden jetzt den Schlichter anrufen.

Die Wolff-Meldung gibt getreulich die fattsam bekannnten Argumente der Zechenbesitzer wieder, verschweigt aber vollständig die Begründung der Vertreter der Bergarbeiter. Eine derartige tendenziöse Beeinflussung der Öffentlichkeit ist einfach ein Skandal. Im übrigen lausen die Argumente der Unternehmer auf folgenden Beweis hinaus: „Wenn der Unternehmerprofiß beschnitten, die Arbeiterschaft und mit ihr der Mittelstand lausträftig gemacht wird, dann sinkt die Abfahrmöglichkeit.“ Daß die Nominallöhne teilweise die Friedenslöhne erreicht haben, stimmt. Wie aber steht es mit den Reallohnen. Sind etwa die Kohlenpreise Friedensnominalpreise?

In der Auflösung.

Eine der Hauptgründungen der R.P.D., mit der sie den Fabrikarbeiterverband in die Luft zu sprengen hoffte, ist der Industrieverband Chemi. Aber trotz der schmerzlichen Demagogie und der größten Hilfsmittel, die Moskauer dabei verwendet hat, ist die Organisation niemals über eine gewisse lokale Bedeutung hinaus gekommen. Und nun befindet sie sich in völliger Auflösung. Moskauer hat die Leute aufgefischt, nun lassen sie wieder zurück in die Gewerkschaften, um dort an die Massen heranzukommen, die der Spaltungspartei von Moskau nicht gefolgt sind. Das erzeugt Zerwürfnisse, die nicht gerade erfreulicher Natur sind. Die Zehntelsten höchst a. R. und Betrieb sind deshalb bereits aus dem kommunistischen Verband ausgestritten. In einem Flugblatt, das die Zehntelsten herausgibt und das ganz in dem Tone gehalten ist, den diese Kommunisten von Moskau gelernt haben, werden den moskowitzischen Drehtreibern allerlei Wahrheiten gesagt. Wir zitieren: „Wir gründeten den Verband mit Zustimmung aller gerade und ehrlich gesinneten Kollegen unseres Gebietes und mit Zustimmung der kommunistischen Partei Deutschlands. Wir gründeten ihn aus eigener Kraft und ohne jede finanzielle Unterstützung von irgendeiner Seite. Aber nach ganz kurzer Zeit wendet sich das Blatt. Aus den Leuten, welche der Gründung wohlwollend gegenüberstanden, wurden schaffe Gegner. Sie einen unterirdischen heimtücklichen Krieg gegen den Verband führten.“

In Mannheim fand am 23. Juni eine Reichskonferenz der Zehntelsten statt. Die Generäle des Verbandes hatten es verstanden die Leitung in ihre Hände zu bringen. Mit einer nichtswahnigen Resolution und katastrophischen Richtlinien wollte man den Verband erwürgen. Als unsere Vertreter des Paragraphe-Machwerk durchschauten und gegen diese Abwürgung Front machten, warf man sie hinaus. Das ehemalige Vorkommismitglied Böcker-Mied reiste nach Berlin und verpackte die Paktelle jedoch wieder an die Mosker, ohne vorher auch nur ein Wort über die Verwaltung davon in Kenntnis zu setzen oder von der Mitbestimmungsverammlung beauftragt zu sein. Wenige Wochen später fand in Berlin eine neue Konferenz statt. Die Teilnehmer waren zu 97 Proz. Leute, die gar nicht im Industrieverband organisiert sind, die den alten Gewerkschaften angehören, die viele Leute bestimmen, daß der Industrieverband in die alten Gewerkschaften einzu-

treten hat. . . . Wir fanden in der Reichsleitung des Chemie-Berbandes Leute, die im Wortverdrehen, im Ränselndem, im Einseitigen und in der Kunst, die Kollegen um ihr gutes Selbstbestimmungsrecht zu pressen, den anderen ebenbürtig waren. . . . Die Statutenberatungskommission, welche den Entwurf ausgearbeitet hatte, wurde in einer Sitzung der Reichsleitung von Sachs als unfähig erklärt, weil sie sich erkautigt hatte, Paragraphen einzubringen. Fast alle Paragraphen, welche das Selbstbestimmungsrecht der Mitglieder garantieren sollten, wurden verstimmt oder ganz beiseite geschoben. Man peitschte einen Paragraphen durch, der den Zehntelsten das Recht an ihrem mühselig erworbenen Inventar, Bureaueinrichtung, Maschinen usw. und an ihrem Vermögen nimmt und der Reichsleitung das Verfügungsrecht darüber gibt. Als Reichsleiter wählte man mit Hilfe der gut funktionierenden Reklame einen gewissen Baumgärtner. Der Mann ist bis heute der Zehntelstelle höchst noch Aufklärung schuldig über abgeschickte Sammelgelder. Diese Burken sind wie Kellen; was sie nicht fressen können, verumreinigen sie. Das tiefbedauerliche ist, daß die kommunistische Partei sich von ihnen als Helfer benutzen läßt. In einer Versammlung der kommunistischen Partei wurde beschlossen, eine Generalkonferenz für den Industrieverband einzuberufen. Dieser Beschluß wurde von Personen herbeigeführt, die dem Industrieverband gar nicht angehören. Das ist der Gipfel der Frechheit.

Es liegt uns fern, entscheiden zu wollen, ob die GenossInnen von Höchst und anderwärts im Recht und ob die Drahtzieher in Berlin und Moskau im Unrecht sind. Für die Masse der Arbeiterschaft verliert die kommunistische Rohbolscherei immer mehr an Interesse. Es hat auch vor dem Kriege Querulanten gegeben, die sich nicht in Reich und Glied stellen konnten. Sie suchten und fanden bei den Sozialisten und Anarchosyndikalisten Unterschlupf, ohne jemals irgendwelche Bedeutung zu erlangen. Die kommunistische Partei befindet sich jetzt in einem Verbrauchsstadium zu einer kleinen bedeutungslosen Sekte. Wir begrüßen diesen Auflösungsprozeß, der zur Befreiung der Arbeiterbewegung führt.

Die Ausperrung im Dynamowerk dauert fort.

Die Ausperrung im Dynamowerk des Siemens-Konzerns dauert weiter an. Die Ausperrten hielten gestern mittag wiederum eine Betriebsversammlung ab, in der der Vorsitzende des Arbeiterausschusses mitteilte, daß die Verhandlungen mit der Direktion bisher noch zu keinem Ergebnis geführt haben. Vorher hatten die streikenden Dreher beschlossen, unter diesen Umständen „im Streik zu verharren“. Die Firma Siemens verlorat offensichtlich die Taktik, durch Verschlebung der Verhandlungen die Ausperrung immer mehr hinauszuziehen, um auf diese Weise die Verleaschaft unterzuzwingen. Das verlangt nun einmal die Politik der „Vollgemeinschaft“ der Arbeitgeberverbände.

Schiedsspruch im Duisburger Hafenarbeiterkonflikt.

Duisburg, 14. November. (Eigener Drahtbericht.) Die Durchführung des von dem Verkehrsband, Abteilung Hafenarbeiter, gefassten Streikbeschlusses wurde durch Einreisen des Schlichters verhindert. Bei dem am Donnerstagabend stattgefundenen Schlichtungsverhandlungen für die Lohnsetzung der Hafenarbeiter und Kranführer des Duisburger-Ruhrorter Hafens wurde gegen die Stimmen der Arbeiter ein Schiedsspruch gefasst, nach dem rückwärts ab 1. November der Lohn auf 6,33 M. und der oranantierte Affordlohn auf 6 M. festgesetzt wurde. Sämtliche Bezüge erhöhen sich entsprechend um 9 1/2 Proz. Die Maschinenlöhne erhöhen sich in demselben Verhältnis. Die Erklärungsfrist läuft am Samstag ab. In Aufrufen und Versammlungen gibt die Organisation der Hafenarbeiter der Verkehrsband bekannt, daß, falls die Arbeiter bei ihrer Ablehnung des Schiedsspruches verharren, am Montag morgen die Streiksperrung über den Duisburger-Ruhrorter Hafen verhängt wird.

Frankreich will den Achtstundentag in der Schifffahrt.

Paris, 14. November. (Eigener Drahtbericht.) In der Kammer wurde am Freitag morgen bei der Debatte des Etats der Handelsmarine von sozialistischer Seite erneut der Antrag auf Durchführung des Achtstundentages für das Personal der Handelsmarine eingebracht. Es sprachen dazu die Genossen Canavelli und Beauvillain, die sich zugleich für die Reformulierung der vom Nationalen Bund verammfassen staatlichen Handelsflotte einsetzten. Im Namen der Regierung gab der zuständige Unterstaatssekretär die Erklärung ab, daß sie zur Durchführung des Achtstundentages bereit sei, sobald dieser auch in den anderen Ländern durch ein internationales Abkommen gesichert werde.

Abstimmung, SPD-Ringstr. 10, am Sonntag vormittag 10 Uhr bei Obermann, Rembrandtstr. 88, Beteiligung aller SPD-Ringstr. Mitglieder unbedingt notwendig. Der Faktionssprecher, Abstimmung, arabisches Gewerbe! Die SPD-Gewerkschaften des arabischen Gewerbes halten das Reichsmaterial am Montag, den 17. November, aus dem arabischen Reichshaus. Der arabischer Werksausbau.

Verantwortlich: Hr. Postill: Ernst Reuter; Wirtschaft: Artur Salernus; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Anzeigen: Dr. John Schiffmann; Colloca und Sonstiges: Erik Karst; Anzeigen: Th. Giese, sämtlich in Berlin. Verlag: Werner-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Norddeutsche Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Gieser u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3, Hierzu 2 Beilagen.

Am 13. November 1924 verstarb in Berlin nach kurzer schwerer Krankheit das Mitglied des Verwaltungsrats der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft, der frühere Präsident des Eisenbahn-Zentralamts

Herr Wirklicher Geheimer Oberbaurat
Richard Sarre

Wir verlieren in dem Verstorbenen einen hervorragenden Eisenbahnmann und einen ausgezeichneten Mitarbeiter von vornehmer Denkungsart und großer persönlicher Liebenswürdigkeit. Auf seine reichen Erfahrungen und außerordentlichen Fachkenntnisse hatte die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft große Hoffnungen gesetzt. Wir werden sein Andenken in hohen Ehren halten.

Berlin, den 14. November 1924.

Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft
Der Präsident des Verwaltungsrats: Dr. C. P. von Siemens. Der Generaldirektor: Oeser.

Am 13. November feiert das Ehepaar **Willy Löwe**, Casparystraße 21, das Fest der **Goldenen Hochzeit**. Verjähren Glückwünsche! K. L.

Hecht (Kleiner Zigaretten-Tafel) **Lindenstr. 81**

Miete (Ausbacher Str. 1, 4er Teilung)

Metalbetten (Stahlmatt, Kinderbetten für an Priv. Kat. 30A frei. Eisenmöbellfabr. Suhl Thür)

Bandwurm durch Reichel's Bandwurmmittel, Fortschritt, 33jährige Erfahrung, 30 000, für Kinder (nach Alter) 30, 2 40, 30, 40, 50, 60, 70, 80, 90, 100, 110, 120, 130, 140, 150, 160, 170, 180, 190, 200, 210, 220, 230, 240, 250, 260, 270, 280, 290, 300, 310, 320, 330, 340, 350, 360, 370, 380, 390, 400, 410, 420, 430, 440, 450, 460, 470, 480, 490, 500, 510, 520, 530, 540, 550, 560, 570, 580, 590, 600, 610, 620, 630, 640, 650, 660, 670, 680, 690, 700, 710, 720, 730, 740, 750, 760, 770, 780, 790, 800, 810, 820, 830, 840, 850, 860, 870, 880, 890, 900, 910, 920, 930, 940, 950, 960, 970, 980, 990, 1000.

Das altbewährte Kräftigungsmittel für Körper und Nerven

Sanatogen

ist in allen Apotheken und Drogerien erhältlich. Proben und Broschüren kostenlos durch **Bauer & Cie., Berlin SW 48, Friedrichstraße 231**

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Montag, den 17. November, abends 7 Uhr, im Vergnügungspalast „Groß-Berlin“ (Alte Marktstr. 13/14).
Gefahrenvermittlung der Kohleleger und Helfer.
Tagungsbuchung: 1. Durchführung des Sachverständigenrates und 2. Arbeiter- und Betriebs- und Branchenangelegenheiten.
Mitgliedbesuch legitimiert. Gefährten oder Kollegen ist Pflicht.
Kartennr.: Baumhölzer Kartennr.
Montag, 17. November, abds. 7 Uhr, im Verbundhaus, Linienstr. 83 85.
Rombinierte Branchenversammlung
Tagungsbuchung: 1. Bericht von der letzten Verhandlung und Stellungnahme dazu. 2. Beschließenes.
Jeder Kollege ist verpflichtet, in dieser Versammlung zu erscheinen.
Die Ortsverwaltung.

Tuchgroßhandlung!
Einzelverkauf auch an Private zu Einzelpreisen.
Riesenlager in modernen Damen- und Herrenstoffen
Meter 4.90 bis 25.75 9.75
Ulster- und Paletstoffe in den feinsten Qualitäten
Max Lachotzki
Tuchgroßhandlung
Nur Köpenickerstr. 46, 3. Etage
Bitte genau auf Firma zu achten!

Guter Schlaf ist das beste Heilmittel. Me alleiten für Groß und Klein, mit oder ohne Zubehör, 5 ab mat. art., an Private Bequeme Bedingungen Katalog 3 A frei.
Eisenmöbellfabrik Suhl (Thür.)

Feuersozietät für die Provinz Brandenburg
Vereinigtes Land- und Städte-Feuersozietäten - Ge ründet 1719

Hausrat- Feuer- u. Einbruchdiebstahversicherung
Fester Beitrag! Keine Nachschußpflicht! Keine Ausfertigungsgebühr! Mindestbeitrag 3 Goldmk.
Nähere Auskunft für **Groß-Berlin** durch Stadthaus, Am Karlsbad 3, Fernruf Nollendorf 2392; für **Spandau** durch Großhändler-Spa dau, Neues Rathaus, Fernruf Neues Rathaus; für **Potsdam** durch Geschäftsstelle Potsdam, Brauerstr. 10, Fernruf Potsdam 3695

Weihnachtsüberraschung
als Prämie an meine Kunden bis Ende Dezember, bestehend aus **Speise- und Schlafzimmers, Küchen usw.**
Diese Gegenstände sind bei der Firma **FECHNER & PREIDEL, Möbelfabrik, Neue Schönhauser Straße 2**, ausstelle ist. Ferner 50 Preise à 10,- Mark bar.
Keine Einzahlung! Irge d eines Betrages er oderlich, Kein Preisaufschlag.
1 Ring 900 gest. 7 Gr. schwer M. 28.00
1 Ring 585 gestemp. 4 Gr. schwer M. 12.-
1 Ring 333 gestemp. 3 Gr. schwer M. 6.40
Berlin N., Artillerie-Str. 30
Berlin W., Passauer Str. 12
Armbanduhren von der einladenden bis zur elegantesten Ausführung i. d. Größt. Auswahl z. Konkurrenz in billigen Preisen
Geschäftszeit von 9-7 Uhr

Wie märkische Kleinstädte aussehen.

Teupitz.

Von allen Richtungen führen Wege nach Teupitz, eines der kleinsten Städte der Mark, in vergangenen Jahrhunderten als Hauptort des „Schentemändchens“ angesehen und wichtig. Aber die Bahn fehlt, und das Postauto muß dafür eintreten; man kann von Königsmusterhausen (26 Kilometer) oder von Großtöris (4 Kilometer) fahren, auch ist die Strecke Halbe—Teupitz nicht gar zu lang für eine Fußwanderung. Sind dies die Verbindungen von Norden und Osten, so ist Jossen (von wo in der Postlaufzeit einst offizielle Fahrt war) oder noch besser die Station Neuhof Ausgangspunkt für die Wanderung, die zu den nördlichen Ufern des Teupitzer Sees führt, so daß man um das westliche Ende herumgehen oder sich übersehen lassen muß. Im Süden dehnen sich von Baruth bis an die Dahme und darüber hinaus bis zur Spree gewaltige Forsten aus, die für die Annäherung an Teupitz weniger in Frage kommen. Mal aber muß noch der Dampferfahrten von Berlin aus gedacht werden, die im Sommer häufig stattfinden.

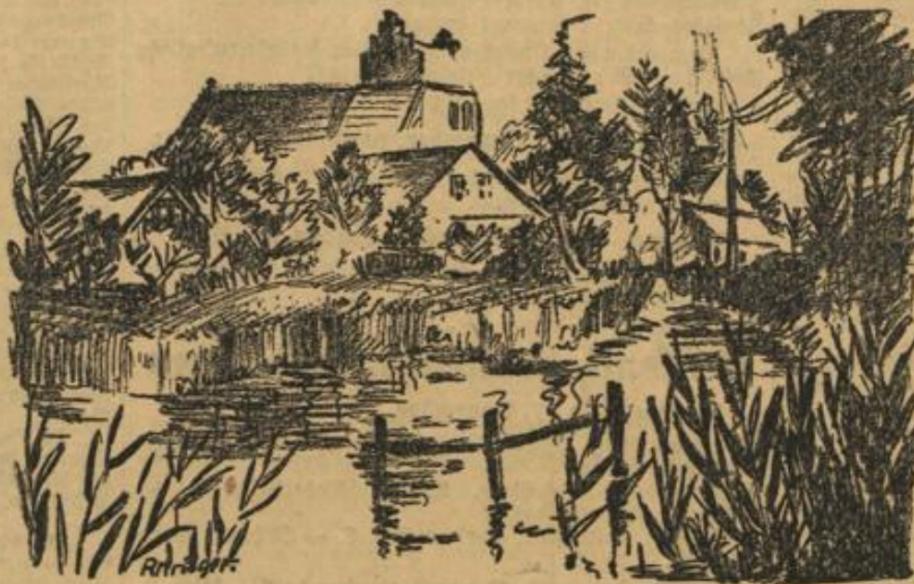
Klein und bescheiden . . .

Wer sich in der Stadt umsieht, wird wenig von der einstigen Bedeutung vorfinden. Und doch war sie von der Mitte des 14. Jahrhunderts an das Zentrum für das den Schenken von Landsberg (bei Halle) gehörige 4 Quadratkilometer große Gebiet, das u. a. Mittenwalde und Wusterhausen einschloß. Aber mit dem Übergang aus dem Besitz der brandenburgischen Lehensverband (1462) und nach dem Ende des Dreißigjährigen Krieges war die Einfügung in Preußen nur eine Frage der Zeit; und nachdem Wusterhausen schon 1683 von dem späteren ersten preußischen König verkauft worden war, erwarb Friedrich Wilhelm I. 1718 das ganze Schentemändchen für 54 000 Taler. Er unterstellte das neue „Amt“ seinem Lieblingsaufenthalt: Königsmusterhausen. Später ist es dann, soweit Teupitz in Frage kommt, in adlige Hände gelangt und neuerdings von einem Bürgerlichen erworben worden, wobei der Kaufpreis sich mal in jenen Millionen und Millarden ausgebracht hat, die uns einen so lustigen „Reichtum“ vorgespiegelt haben. Das Amt oder Schloß liegt auf einer in den See vorspringenden Sandzunge; es weist noch alte Fundamente und einen mittelalterlichen Turm auf, der oben von buschigem Grün umlaubt ist. In der Straße, einem einschiffigen Ziegelsteinbau, bei dem der niedere Turm einseitig auf den Westgiebel gesetzt ist, was recht sonderbar aussieht, findet sich so gut wie gar nichts an Erinnerungen aus der Schentenzzeit; das Innere wurde bei der Renovation in der schlimmsten Bauaufwandsperiode des 19. Jahrhunderts alles dessen beraubt, was historisches Interesse beanspruchen könnte. Und das Rathaus, diese Zierde der meisten alten kleinen Städte? Nun es ist ein gewöhnliches Haus, das nur durch seine Aufschrift seine Bestimmung verrät — man möchte sagen, daß es so recht Ausdruck jener Armut des Stadtrats ist, die alle älteren Chroniken herabgehoben haben, die aber schon A. Meißner Fontane als nicht mehr bestehend bezeichnet hat.

. . . und doch eine Zukunft.

„Teupitz ist schön“ — diesen Satz hat auch schon Fontane geprägt. Und die Zukunft der kleinen, kaum 1000 Einwohner zählenden Stadt liegt nicht in dem Fischfang aus dem See, dessen Ertragnis dem „Schloßherrn“ gehören, liegt auch nicht in der über der Stadt auf hochgelegenen Terrain weitläufig aufgebauten Irrenanstalt — heute zumeist der Einsperrstube eingeräumt —, sondern liegt einzig und allein in einer geschickten Ausnutzung der herrlichen Lage am Teupitzer See, umgeben von bequem erreichbaren Höhen und prächtigen Waldungen. Man muß unmißverständlich an Badow (Märkische Schweiz) und an die Entwicklung um den Schermützensee herum denken — auch dort waren es Gebiete, die keine Bahn

zuerst berührte, sondern wo es der eigenen Initiative überlassen blieb, den Schatz zu heben, den die Natur kostenlos bot. Mit den paar Dampfern, die ihre Zolassen zumeist in „Tornows Idyll“ (am anderen Ufer des Teupitzer Sees) abgeben, ist es nicht getan, auch nicht mit den feinen Autokarossen, die rasch „einen herunterkippen“. Nein, es muß für ständigen bequemen Verkehr gesorgt werden, für gute ländliche Unterkunft und Verpflegung zu ländlichen Preisen, und wenn die kleinen Parzellen der Teupitzer Ackerbürger und auch wohl die Früchte des eigentlichen Uferlandes in der Stadt selbst und



ihrer allernächsten Umgebung das Bauen nicht begünstigen, so ist doch zwischen Großtöris, dem ersten „Seedorf“, Schmerin und Teupitz, sowie zwischen Teupitz und dem zweiten „Seedorf“ Egsdorf Platz genug um das Notwendige zu schaffen. Und wenn auf der maldigen Höhe, wo die Anstalt sich befindet, im Sommer auch die Sonne heiß scheint, so ist doch die reine und bewegte Luft das beste Heilmittel für all die bleiche Jugend und die blutarmen Mütter, denen der schmale Geldbeutel keine „Reise“ gestattet. Aber natürlich müßte für genügende Verbindung gesorgt werden: die Fahrt durch die Dübrow von Königsmusterhausen her ist allein ein Vergnügen — und andererseits müßten Mietstafetten und Fabriken ferngehalten werden und müßte schließlich eine spekulative Ausnutzung des Bodens ausgeschlossen sein.

Teupitz ist schön — es ist ein Idyll, und es soll auch eins bleiben, aber das schließt nicht aus, daß sich Tausende von Erholungsbedürftigen dort im Sommer die Lungen mit reiner Luft anfüllen können und daß Zehntausende von wanderfrohen Menschen hier ein paar Raststunden verleben, ehe sie wieder in das Schweigen des Waldes an ertönen. Man nehme eine Karte zur Hand, die das Forstgebiet farblich angibt, und wird jene bereits eingangs erwähnte Waldgegend erkennen, in der ein Dutzend Seen sich vorfinden. Die Zeiten, da die Bestimmung, als Jagdschloß zu dienen, galt, sind Gott sei Dank vorüber: das Volk hat seinen Anspruch auf diese Quellen der Gesundheit. Und Großtöris-Teupitz ist als Zentrum der Erschließung am besten geeignet.

Ackerbürger sind es, die in Teupitz heimisch sind. Aber so ganz unbedrückt ist die Herrschaft ihres Landbundes doch nicht mehr. Als wir die Stadt besuchten, war eine sozialdemokratische Wahlversammlung ausgeschrieben. Mögen unsere Genossen in ihrer nicht leichten Arbeit fortfahren und Erfolg haben!

Wahlagitator auf Kädern.

Eine gute und energische Wahlagitator, die Flug Red zu halten versteht und die geeigneten Propagandamittel reichlich überlegt und auswählt, kann niemals die Wirkung verfehlen. Bei einer ganz besonderen Wahlagitator, die außerdem noch den Vorteil hat, daß sie Vergnügen bereitet und die Sachmuseen in Bewegung setzt, berichtet einer unserer Genossen.

Er muß an jedem Morgen vor Charlottenburg nach Weihensee mit der Stadtbahn zu seiner Arbeitsstätte fahren. Während des Wahlkampfes „leitet“ er sich einen Platz im Abteil 2. Klasse. Da sitzt er nun mitten unter den Beuten, die den „Lokal-Anzeiger“, die „Deutsche Zeitung“ und die „Deutsche Tageszeitung“ lesen. Dann nimmt unser Mann den „Vorwärts“ aus der Tasche, entfaltet ihn breit und umständlich und studiert. Das gibt dann immer unwillige Blicke und Gebärden der schwarzweißen Hakenkreuzbrüder. Und manchmal gibt es auch Zusammenstöße und Reibungen mit den anderen Jahrgästen. Einmal mußte sich unser Mann, weil kein anderer Platz im Abteil frei war, neben einen Mitbürger klemmen, der lange schon reif zur Kur in Marienbad war und dessen Leibeshülle zwei Plätze einnahm. Liebenswürdig, wie solche dicken Menschen nun einmal sind, rückte er nicht, um Platz zu machen, sondern thronte auf seinen beiden Plätzen unbeirrt und hatte weit die „Deutsche Zeitung“ entfaltet. Unser Mann jedoch erkämpfte sich seinen Platz unter Benutzung des Ellenbogens, was natürlich bei dem Dicken höchste Entrüstung auslöste. Die wurde noch gesteigert, als der Vermögende den „Vorwärts“ ausbreitete. Der Dicker schimpfte, beinahe wäre er handgemein geworden, und das ganze Abteil wurde aufmerksam auf — den „Vorwärts“.

Das sind dann immer sehr späßige Intermezzi am Morgen, die einen guten und heiteren Tag versprechen. Und wenn unser Mann in Weihensee das Abteil verläßt, läßt er den „Vorwärts“ im Wagen liegen, und er weiß genau, daß das Parteiblatt dann auch von anderen gelesen wird. Sind diese anderen durch ihre rechtsradikalen Blätter noch nicht ganz um Verstand und Besinnung gebracht, müssen sie den politischen Wahlagitator auf Kädern probat und verdient ein lautes Bravo.

Im Walde ermordet. Die unbekannte Toke.

Ein Leichensund in der Pölkewitzer Kirchenforst beschäftigt jetzt auch die Berliner Kriminalpolizei, nachdem festgestellt worden ist, daß ein Nord vorliegt. Am 28. Oktober d. J. fand man in der genannten Forst ein junges Mädchen tot auf. Es hatte einen Wollschal um den Hals, und es steht fest, daß es mit ihm von fremder Hand erdrosselt worden ist. Trotz aller Nachforschungen ist es bis jetzt noch nicht gelungen, die Person der Toke festzustellen. Sie war im achten Monate schwanger, und man nimmt an, daß ihr Mörder ein Liebhaber aus der Gegend von Pölkewitz war, der ihrer wegen der Schwangerschaft überdrüssig geworden ist. Das Mädchen ist vielleicht von Berlin nach Pölkewitz gelockt worden und ahnungslos ins Verderben gegangen. Es war etwa 18—20 Jahre alt, 1,62 groß und kräftig gebaut, hatte dunkelblondes Haar und blaue Augen und trug einen grauen Segeltuchhut, eine dunkelbraune Mütze mit feinen grünen Längsstreifen, ein dunkelblaues Chedrotrock, blaue Strümpfe und hohe schwarze Schuhe mit silbernen Spitzspitzen, eine weiße Unterhose aus dünnem Baumwollstoff mit einfacher Spitzenverzierung, einer Unterrock mit Baumwollbündel, der D. O. gezeichnet ist und ein hell- und dunkelgestreiftes Reformkleid. Der Schal, mit dem das Mädchen erdrosselt wurde, ist 18 Zentimeter breit, besteht aus grüner Wolle mit blauer Kante und Franzen und war eng um den Hals gezogen und durch einen doppelten sogenannten „Beberknoten“ festgemacht.

Der Mittelweg.

Don Sir Philip Gibbs.

Er setzte sich neben sie auf das Bett und sah mit ihr in die Zeitung, welche sie eilends überlas.

„Ich hab mein Buch mitgebracht so weit ich damit gekommen bin,“ sagte er mit lächelnder Nervosität. „Möchtest du etwas davor hören, Joyce? Mir liegt viel an deinem Urteil.“

„Nein, Joyce möchte nicht zuhören, sie hatte etwas anderes auf dem Herzen, und das war sein Weggehen aus dem Bortrage ihrer Mutter.“

„Du hast dich gestern abscheulich benommen,“ sagte sie, ohne auf die Blätter in seiner Hand zu achten. „Sogar Vater hat dein Betragen getadelt als du so demonstrativ fortgingst.“

„D du,“ seufzte er zerknirsch, bat um Verzeihung und zeigte ihr den Hufen Manuskriptblätter, den er mitgebracht hatte. „Ich glaube, es ist mir diesmal gelungen,“ sagte er aufgeregter, „diesmal ist das Richtige. Hast du eine Stunde Zeit für mich, damit ich dir vorlesen kann?“

„Es interessiert mich nicht im geringsten,“ war die kühle Antwort. „Bitte, geh hinaus, ich möchte aufstehen.“

Wenn sie ihm mit geballter Faust ins Gesicht geschlagen hätte, würde es ihm nicht so weh getan haben.

Er begriff nicht, daß er die allerhöchste Zeit für das Vorlesen seines Buches getroffen hatte. Joyce war tief gekränkt durch seine Nichtachtung des gestrigen Vortrages und noch mehr beleidigt durch sein flüchtiges Hinweggleiten über sein Unrecht. Seine erbitterten Bemerkungen bei dem Vortrag ihrer Mutter hatten ihr aufs neue offenbart, wie sich die Trennung zwischen ihnen und seinen Ideen immer mehr vergrößerte. Außerdem hatte das Buch sie von Anfang an gereizt. Lächerlich, sich einzubilden, daß Bertram ein Buch schreiben könnte, wo er doch nichts von dem glänzenden Geist Kenneths besaß und deutlich gezeigt hatte, wie sehr ihn die Unterhaltung ihrer Bekannten über Bücher und Dichtkunst langweilte. Ganz besonders aber hatte das Schaffen seines Buches heimlich an ihr genaht. Er hatte es ihrer Gesellschaft vorgezogen. Er hatte sich absichtlich isoliert, um diese Blätter voll zu kriechen. Dieses Buch war eine Scheidewand zwischen ihnen beiden. Es hatte ihn gegen eine standesgemäße Arbeit gleichgültig gemacht und ihn veranlaßt, immer wieder über diesen greulichen Krieg zu grübeln. Er wühlte in den alten Wunden und geriet immer tiefer in seine krank-

haft trüben Anschauungen hinein. Sie war sicher, daß das Buch von bitteren, demokratischen Ideen erfüllt war, welche in ihrem Sinn einem Verrate des Vaterlandes gleichkamen.

Und außerdem gerade jetzt wollte er ihr sein Buch vorlesen, wo sie die Friseurin erwartete, um sich das Haar weilen zu lassen! Wirklich, Bertram konnte einen nervös machen.

Als er wieder nach unten kam, warf er sein Manuskript auf den Schreibtisch und knirschte: „Hölle und Teufel!“

Auf ihre schneidende Antwort hatte er einfach erwidert: „Bedaure, dich gestört zu haben“ und war gegangen. Auf der Treppe traf er die Friseurin.

20.

Und so kam es, daß er sein vollendetes Buch nicht Joyce vorlas, sondern Janet Welford. Mit ihrem eigentümlichen Begier nach Erfahrung aller Art, ihrer Gewohnheit, die intimsten und tiefstehenden Fragen zu stellen, hatte sie ihm schon vor längerer Zeit das Eingefändnis entlockt, daß er seinen Lebenszweck gefunden hätte in seinem Buch über den Krieg.

Sie war unglaublich aufgeregter. Sie behauptete, daß sie sofort gesehen habe, daß er der Welt etwas sagen würde, was sie wissen müßte.

„Nur nicht schüchtern!“ war ihr Rat; sie trieb ihn an, brutal zu sein, die nackte Wahrheit zu sagen. Sie haßte die kleinen Stribenten, die den Schmutz des Krieges mit Rosenwasser besprengten, um den Gestank zu betäuben. Bertram sollte gegen sich und seine Leser brutal sein und ihnen nicht das Geringste erlparen.

„Schreiben Sie so, daß den Beuten die Nerven zappeln. Packen Sie sie beim Genick wie junge Hunde, stoßen Sie sie mit der Nase in den Graus hinein und sagen Sie: „Hier schaut her! So ist's gewesen! Und so wird wieder werden für eure stubbsnasigen kleinen Jungens und eure Männer, euer Liebste auf der Welt, wenn ihr euch nicht gehörig in acht nehmt.“

Bertram sagte, das hätte er auch getan, er wäre ehrlich gewesen, unbedingl.

Aber das befriedigte Janet noch nicht. Sie wollte von ihm haben, daß er sich an seine eigenen Qualen in den schlimmsten Stunden erinnere, um die Qualen all dieser Blinden, Krüppel und vom Nervenschock Betroffenen in seinem Buche zu schildern. „Schreiben Sie so, daß meine armen Blinden gerächt werden.“

Bertram meinte, sie erwarte zu viel von ihm, es wäre doch sein Erstlingswerk. Er brauchte Kritik.

„Sollen Sie haben, Sie kleiner Junge, Sie,“ versprach Janet. „Lesen Sie es mir nur vor, und die Haut soll Ihnen schauern, wenn Sie unwahr gegen sich gewesen sind.“

Das war ihre Einladung, und er nahm sie an mit dem empfindlichen sehnsüchtigen Wunsch aller Neulinge in der Kunst nach Ermüdung, Teilnahme, Verständnis und Lob. Abend für Abend ging er nach dem Essen zu Janet. Sie wohnte in einer langen Reihe großer Häuser, am Battersea Park, die meistens von den ärmeren „Intellektuellen“, den „Ueberzähligen Jungfrauen“, wie Janet die Unverheirateten ihrer eigenen Klasse nannte, oder jungen Ehepaaren mit bescheidenen Mitteln bewohnt wurden.

Solange das Vorlesen des Buches andauerte, schloß Janet alle anderen Besucher aus. Sie schob einfach ein Kuvert mit der Aufschrift „Verreist“ unter die Klingel.

Sie half ihm tatsächlich, sie sparte nicht mit ihrer Kritik, sie ließ seine Haut erschauern, wie sie versprochen hatte. Sie war unanschuldlich bei Stillebrühen aller Art und schrie, als ob sie sich verbrannt hätte, in solchen Fällen allerhand drollige Schimpfwörter heraus, so daß Bertram wider Willen lachen mußte. Und hundert Male tobte sie auf ihn ein, weil er das letzte Wort doch nicht gesagt hatte und feige vor der Roheit der Folterkammern des Krieges zurückgeschreckt war.

„Stärker!“ rief sie dann. — „Stärker! Das war viel zu schwach. Heraus mit der Wahrheit, daß sie denen ihr blutiges Gesicht zeigt, die noch an die Herrlichkeit und den Glanz des Kriegsabenteuers glauben, den romantischen Weibern, den grausamsten von allen, den Hundertprozent-Patrioten, die einen Weltkrieg heraufbeschwören möchten, um einen Racheakt zu rächen.“

Es kamen Zeiten, in welchen Bertram den kalten Schauer des Mißlingens in sich herauftrieben fühlte.

Aber vor Janets Rührung, Wut, Lachen und Weinen bei der Vorlesung hielt seine niedergeschlagene Stimmung nicht stand. Es rührte sie tief, was er über die Soldaten geschrieben hatte. Sie kannte sie gut, sie hatte sie gepflegt, in ihren Armen hatten die Erbblinden geweint. Sie hatten „gebrummt“ und gekuchelt und geschert und in Todesqualen geföhrt und das Geheimnis ihrer Seele in seiner ganzen Nacktheit enthüllt. Sie wußte alles, und Bertram hatte geschrieben, was sie wußte.

(Fortsetzung folgt.)

BILLIGER

Sonnabend bei

JANDORF

Mengenabgabe

vorbehalten

Verkauf nicht an

Wiederverkäufer

Damen-Wäsche

- Taghemd mit Hohlsaum 1.25
- Taghemd mit Stickerei 1.45
- Knie-Beinkleid mit Hohlsaum 1.25
- Kniebeinkleid mit Stickerei 1.65

Schuhwaren

- Spangenschuhe f. Damen, Schiebescnalle, R-Chevreaux, spitze Form 5.90
- Schnür-Stiefel für Damen, R-Chevreaux, Lackkappe, Rahmensohle 6.90
- Lack-Halbschuhe für Damen & Schönen od. Schiebescnalle 9.50
- Herrren-Stiefel Rindleder, breite Form, gute Bodenverteilung 8.90

Schürzen

- Jumper-Schürzen in vielen neuen Mustern 1.25
- Blusen-Schürzen aus guten Stoffen 1.95
- Wiener Schürzen hell od. dunkel, extra weit 2.95
- Kleider-Schürzen mit Ärmel, aus gestr. Stoffen 3.95

Handtücher

- Küchen-Handtücher Gerstenk., gestümt u. geb. 0.58
- Stuben-Handtücher gebleicht, Dreif., gest. u. geb. 0.98
- Wischtücher kariert, gestümt u. gebünd. 0.28

Herrren-Artikel

- Sportkragen weiß oder farbig 0.35
- Selbstbinder oder Re-gattos vornehme Streifen 0.95
- Herrren-Hüte mod. Formen, neue Farben 3.90
- Oberhemden farbig 1 weicher 1 steifer Krugen 5.90

Weißwaren

- Bubi-Kragen aus feinem Rips 0.48
- Mod. Lackgürtel schwarz oder farbig ca. 1 1/2 cm breit 0.95
- Hemdenpasser in eleganten, neuartigen Filzstickerei imitiert 1.25
- Stickerei-Träger f. Unterjacken od. Hemden schöne Muster 0.40

Kurzwaren

- Wäscheknöpfe Karte 3 Dtz. 0.25
- Haarnadeln 4 Pakete 0.10
- Untergarn 1000 Meter, Kreuzspule 0.32
- Obergarn 1000 Meter, Nr. 70-80, Rolle 0.52
- Obergarn 1000 Meter, Nr. 40-60 Rolle 0.65

Lederwaren

- Besuchstaschen Leder, sortierte Farben 0.95
- Beuteltaschen Leder, moderne Farben 3.95
- Aktenmappen Rindleder, Griff u. Schiene 4.95

Trikotagen

- Schluphosen f. Damen, gute Qualität, farb. 1.35
- Herrren-Hemden oder Hosens., wollhalt., 3 Gr. 2.95
- Herrren-Garnituren Jacke u. Beinkleid, farbig, 3 Größen 3.95

Strumpfwaren

- Herrren-Socken farbig oder schwarz 0.38
- Damenstrümpfe gute feinnaschige Qualität, schwarz oder farbig 0.58
- Damenstrümpfe Seidenfaser, schwarz od. farb. 0.95

Kleider - Stoffe

- Kleider-Schotten viele Stellungen, doppeltstr., Meter 1.45
- 130 cm breiter Donegal gute haltbare Ware 1.55
- Kostüm-Stoffe abelinartig, ca. 110 cm breit 1.95
- Foulardine ca. 100 cm, gut. Qual., hübsch gemust. Meter 1.95
- Handschuhe für Damen oder Herrren, Trikot, angereicht, mit Halbtouren, farbig, gute Qualität, Paar 0.95

Spottbillige Seifen

- 5 Doppelriegel prima Kernseife für 0.68
- 3 Stück Palmöl-Oberschalseife prima für 0.68
- 3 Stück 2-Pfundpakete Feinsoda garantiert rein für 0.35
- 5 Stück feine Toiletenseife gut parfümiert für 0.68
- 3 Stück feinste Kappus-Badeseife ca. 150 Gramm für 1.00
- 3 Stück Toiletenseife extra stark parfümiert, Luxuspackung für 0.95
- 3 Stück Lawendel-Badeseife stark parfümiert, Luxuspackung für 1.45
- 5 Stück 1-Pfundpakete Salmiak-Terpentin-Seifenpulver mit Seifen-schnitzel für 0.90

- Block-Schokolade gute Qualität, 1 Pfund 0.95
- Ben-dorp-Kakao 1 Pfund 0.95

Damenkonfektion

- Flauschmantel denkmal arb., Stoff-Fasson 12.75
- Trikoitkleid Kunstseide, viele Farben, leicht verarbeitet 9.50
- Cheviot-Kleid reine Wolle, marineblau, lange Ärmel 8.95
- Kleiderrock aus mer-lerien Stoffen, in dunklen Farben 3.50

Berufskleidung

- Malerkitzel Robnessel, gute Qualität 4.95
- Mechanikerkitzel Nova, Vorder-od. Achselloch 6.45
- Monteur Jacke ed. Hose aus haltbarem bl. Hausstoff 2.95
- Arbeitschutzen schöne Streifen, Gesäßtasche 6.75

Handarbeiten

- Kissenbezug starkfäd., Reinfärb., neue Kreuzstichzeichnung 1.25
- Mittendecken ca. 70/70 starkfäd., Reinfärb., Kreuzstichzeichn. 1.95
- Quadrate ca. 34/34 cm, aus starkfädigem Stoff 0.30
- Einkaufsbeutel aus bunten Stoffen 0.95

Wirtschaftsartikel

- Kaffeekannen groß, email. 0.95
- Spülwannen emailiert ca. 36 cm 1.95
- Kohlenplatten 2.95
- Leitungsschoner cm 1-liters, weiß 1.50, dekoriert 1.95
- 2 Gaspfannen ver-nickelt, mit Erhitzer Garnitur 7.00

Damen-Putz

- Seidenplüschhut versch. Form. u. Garnierung 6.90
- Stangenreihier ca. 31-35 cm lang Seid. 0.70
- Kronenreihier gute Qualität 10 Stiele 4.90

Spielwaren

- Kastenwagen mit Pferd, ca. 30 cm lang, schön bemalt 0.95
- Gesellschaftsspiel „Wer wird denn weinen“ für 2-6 Personen 0.95
- Eisenbahn Lokomotive, Tender u. 2 Personenwagen, Schienen, Zuglänge ca. 40 cm 1.95
- Auto schön lackiert, ca. 28 cm lang 2.95
- Laufpuppe gut gekleid., mit Mamasimme, ca. 50 cm groß 2.95

Gardinen

- Etamin kariert Meter 0.65
- Tüllgardinen rotstichig Meter 0.88
- Künstligerdinen engl. Tüll, 3 teilig, Fenster 3.95
- Künstligerdinen Etamin, 3 teilig Fenster 5.75
- Bettdecken engl. Tüll über 1 Bett 4.95

Steingut

- Küchengeräte 22 teilig, blau Kantendekor 8.95
- Tafelservice 23 teilig, blau Kantendekor 8.50
- Schüsseln weiß, 6 teilig 0.95
- Waschbecken creme 1.25
- Vorraisionnen creme bunt 0.25

Belle-Alliance-Str. * Gr. Frankfurter Str. * Brunnenstr. * Kottbuser Damm * Wilmersdorfer Str.

Theater, Lichtspiele usw.

Staats-Theater
Opernhaus
7 1/2 Uhr: Cost fan tutte
Opernhaus
am Königplatz
7 1/2 Uhr: Martha
Schauspielhaus
7 1/2 Uhr: Wallenste Lager
Die Niccolomini
Schiller-Theater
7 1/2 Uhr: Kronenbrau
Volksbühne
8 1/2 Uhr: Yasminsona
Deutsch-Theater
7 1/2 Uhr: Die heilige Johanna
Kammerspiele
7 1/2 Uhr: Die tote Tante und andere Begebenheiten
Die Komödie
Verfündung 2.5.20
8 1/2 Uhr
Unsere kleine Frau
Theater f. d. Bildung
8 1/2 Uhr: Der Mann ohne Moral
Th. u. Nollendorpl.
7.30: Die Geliebte Sr. Hebel
mit Fritz Massary
Komödienhaus
8 Uhr: Karussell
Berliner Theater
7.30 Uhr: Ciccio
SCALA
8 Uhr: Variété
REVUE
Sonntag 3.00 zu halben Preis, das rest. Programm
8 1/2 Uhr: Residenz-Th.
Die vier Schäumeler
Mus. v. W. W. Goetz
Heute 4 Uhr Klein Pl
Hansel und Gretel
Theater am
Potsdamer Tor.
Täglich 8 Uhr u.
Sonnt. nachm 3 Uhr
Eric-Sänger
7.30 halbes
November-
programm!
Verständl.
Freuen.
Th. 1. Kommand. Str.
5. Neues, Schiller
von Hugo Hirsch
Wenn man ver-
liebt ist . . .
in 1 Molly Wessely
Siegfried Arno
Preis der Fäden: 1-8 Mk.
Stg. 3 1/2, Kibels von Davis
Rose-Theater
Dir. B. Rose
7 1/2 Uhr: Rindleder, Grifff
U. G. Schmetter-
Hagelochter

Trianon - Th.

Solott'
Erika Gläbner,
Jul. Falkenstein
u. Ferd. Bonn

KOMISCHE OPER
Direktion: James Klein
8 Uhr Allabendlich 8 Uhr
Größte Revue
aller Zeiten
„Das hat die Welt
noch nicht gesehn“
Vorverkauf ununterbrochen
Preise von 2 bis 15 Mk.

Apollo-
8 Uhr Theater 8 Uhr
Direktion: James Klein
**Die erste große
Revue-Posse**
Das lachende Berlin
Über 150 Mitwirkende
Preise 7 bis 10 M.

Reichshafen-Theat.
Abends 8 Uhr u. Stg. nachm. 3 Uhr
Stettiner Sänger
Abm. halbe Pr. u. rest. Besondere
Jönhoff-Brettel: Progr.:
Anf. 7 1/2 Populäre Preise

Gr. Kinder-Vorst.
im Trianon-Theat.
bd. 4 Uhr fr. ab 4 1/2 Pr.
Schneewittchen
Täglich 8 Uhr
Tilla Durieux
FEDORA
Durieux, Limburg
Chandon, Welter

Kleines Th.

Teate u. Klein Pr.
Schneewittchen
Täglich 8 Uhr
Tilla Durieux
FEDORA
Durieux, Limburg
Chandon, Welter

Goeth.-Bühne

Kloster str. 43
Täglich 8 Uhr
„Sturm u. Drang“
von F. M. Klinge
Re. le: Dr. Heine
Veranst.: Theat. 10-2,
1 1/2, Werk., Sonn. u. Feiert.
Abg. 1/2 halb. Kass.-Pr.

Casino-Theater

Lehmsstr. 17 Tägl. 8 Uhr
Neu!
Satan Weib!
Bühnen-Festspiel in 5 Akten
Bühnen-Regie: Dr. Heine
Vorher: Hunter Teil
Vo.kstüml. Preise

Walthalla - Th

Weinbergsweg 19-21
Vorren nachm. 4 U
Schneewittchen
mit Gesang und Musik
Preise von 2 u. 1.50

Th. f. d. Gem.-Turnhalle
Weidensee, Fährweg 23
Sonnt. abds 7 1/2 Uhr
**Alt-
Heidelberg**
Preise: 80 Pf. b. 2 M.

**Variété-
Spielplan**
Sonder gest. Pr.

Circus Busch

Morg. Sonntag
8-7 Uhr
Kapt. Wai's
Riesenkrokodile
**Der Kampf
mit Wasser**
Zum letzten Male
**Auto-Rennen
in der Luft!!**
Die berühmte, karriere-
reiche, z. Schluß
„Dornröschen“
Haupt-Attraktion
Abends z. Schluß
Letzte Aufführung!
Wasserschaustück
Carmen
Hedem. Halb. Preis

Garderobe

auf Kredit
für Herren u. Burschen
Kleine Anzahlung!
Kleine Abzahlung!
Riesen-Auswahl.
Landwehr,
Müllerstraße 7, vorn 1 Tr.
am Weddingplatz.
Besonders wirksam sind die KLEINEN
ANZEIGEN in der Gesamtauflage
des „Vorwärts“ und trotzdem **billig!**

2 Mark
wöchentliche Teilzahlung
lieferbare
eleg. Herren-Garderobe
fertig und nach Maß
nur Qualitätsware
in großer Auswahl
Garantie für tadellosen Sitz und Verarbeitung
Maßschneider J. Kurzberg
Oranienstraße 160, 1 und Chausseestraße 1, 1
Eingang Eisasser
Straße

**Möbel
auf Kredit!**
Kleine Anzahlung! Kleine Abzahlung!
Schatzschrank, Küchenschrank, Einzelmöbel
Riesen-Auswahl!
Landwehr
Müllerstraße 7, vorn 1 Treppe
(am Weddingplatz)

Berliner Konzerthaus
Mauerstraße 82 („Clou“) Mauerstraße 82
Täglich geöffnet
Vier-Uhr-Kaffee
Promenaden-Konzert
Gesellschaftsabend / Tanz

Garderobe

in guten Qualitäten, Ersatz für Maßarbeit
auf Teilzahlung
bei kleinster An- und Abzahlung
**Herren-Anzüge, Paletots
Ulster, Burschen- und Kinder-Sachen**
Riesen-Auswahl!
(Bei genügender Legitimation so ertige Aushändigung der Ware.)
Bekannt größte Rücksichtnahme bei Krankheit u. Arbeitslosigkeit!
Meine Reellität, Kulanz und Leistungsfähigkeit
aus Grund meiner Riesen-Umsätze sind sprich-
wörtlich bekannt geworden.
COHN
Im Osten: **Große Frankfurter Straße 58**
(5 Minuten vom Alexanderplatz)
Im Norden: **Badstraße 47-48** (5 Minuten v. Bahnhof
Gesandbrunnen).
Man achte genau auf Firma und Hausnummer!

Landbundssozialismus.

Der Landbund konfessioniert den Handel und erhebt Steuern.

Die im Reichslandbund zusammengeschlossenen Reaktionskräfte zeichnen sich dadurch aus, daß sie in der rücksichtslosesten Weise nach Macht streben. Ihr Ziel ist die Wiederherstellung jenes „Staates im Staate“, den die Großagrarien zusammen mit der Schwerindustrie zu Wilhelms herrlichen Zeiten inne hatten. Der kluge Politiker tut allerdings nur das, was innerhalb gegebener Machtverhältnisse möglich und richtig ist. Der Reichslandbund erhebt auf derartige politische Klugheit keinen Anspruch. In dem Ueberreifer seines Machtwillens führt er sich genötigt, schon jetzt mit eindeutigen Experimenten der staunenden Welt zu beweisen, wie es in dem Staate des Bürgerblocks aussehen müßte. Und es ist kein Wunder, daß derlei Bestrebungen zuerst in demjenigen deutschen Gau sich durchsetzen, der seit jeher der Sitz weltfremder Reaktion und Blasiertheit gewesen ist. Der Leser merkt, man meint Pommern.

Der Pommersche Landbund wendet nämlich neuerdings Methoden an, die in hohem Grade an die bewährten Praktiken ihrer mächtigen Vorfahren, der Raubritter, erinnern. Freilich, für Raubzüge ist im Zeitalter der Maschinenpistolen und Automobile nur ein enger Raum. Aber es gibt ja auch zivilisiertere Mittel, um zu den gleichen Zielen zu gelangen. Die Raubfahrten der Räder, Läder und Konjorten überfallen keine Städte, um ihnen den Säckel zu leeren. Sie machen es einfacher und halten sich an die Händler, die Lebensmittel auf dem Lande aufkaufen und nach den Städten liefern. Wer dem Landbund keine Steuern zahlt, muß leer ausgehen. Das ist in kurzem der Sinn des nachfolgenden Beschlusses, der von der Kreisgruppe Lauenburg des Pommerschen Landbundes gefaßt wurde, aber auch in den Kreisen Stolz und Schlawe durchgeführt wird:

1. Der Handel mit landwirtschaftlichen Produkten und Bedarfsartikeln soll in Zukunft auf einige wenige Firmen und Stellen vereinigt werden.
2. Diese Firmen und Stellen sollen verpflichtet werden, eine vom Handel mit den oben bezeichneten Gegenständen billigen Rückichten entsprechende Abgabe zu Händen des Landbundes zu leisten.
3. Der Vorstand wird ermächtigt, die Firmen und Stellen festzustellen und mit diesen Verträge abzuschließen.
4. Der Vorstand wird angewiesen, die Firmen und Stellen den Mitgliedern der Arbeitgebergruppe mit bindender, dem Entschluß entsprechender Wirkung mitzuteilen.
5. Der Vorstand der Arbeitgebergruppe ist gehalten, bei Nachweis zurecht nicht lösbarer Verpflichtungen gegenüber Firmen und Stellen, die nicht für den Handel benannt sind, befristete Ausnahmen zu genehmigen. Bei Nachweis eines zur Abföhlung von bestehenden Verbindlichkeiten nach Höhe und Zinsfuß entsprechenden Kredites dürfen befristete Ausnahmen nicht genehmigt werden.

Dieser Beschluß wurde mit entsprechenden Weisungen in eingeschriebenem Brief den Mitgliedern des Kreislandbundes zugesandt. Daß er auch durchgeführt worden ist, bezeugt die Tatsache, daß der Reichslandbund des Deutschen Handels mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen und Bedarfsstoffen e. V. sich unter dem 4. November dieses Jahres an den Reichswirtschaftsminister beschwerdeföhrnd gewandt und die Anrufung des Kartellgerichtes verlangt hat. In der Eingabe heißt es u. a.:

„Wir richten an Sie, Herr Minister, die dringende Bitte, mit allen Ihnen zu Gebote stehenden Mitteln gegen ein derartiges Treiben des Landbundes einzuschreiten, denn es handelt sich hier um ein Vorgehen mit großen wirtschaftlichen Machtmitteln, denen gegenüber die Interessen des Handels seitens der zuständigen Behörden unbedingt geschützt werden müssen. Wir weisen noch darauf hin, daß auch in anderen Bezirken seitens des Reichslandbundes Vorkehrungen getroffen werden, ähnliche Konfessionierungen vorzunehmen und dadurch mehr und mehr den freien Wettbewerb im Verkehr zwischen Handel und Verbraucher auszu-schalten.“

Abgesehen von der Ausschaltung des freien Wettbewerbs überdürfte in dem Verlangen einer prozentweisen Abgabe vom Umsatz unbedingt ein preisverwertendes Moment erblickt werden, denn wir glauben nicht, daß ein Händler, der sich hat konfessionieren lassen, die 1/2-2 Proz. vom Umsatz nicht auf den Preis aufschlägt und dadurch eine Teuerung herbeiführt, da ja die Landwirte ihr Getreide und Futtermittel nicht verkaufen können. Andererseits werden auch die Landwirte gehindert, über ihre Produkte frei zu verfügen.

Im Namen des gesamten einschlägigen Handels richten wir nochmals an Sie, Herr Minister, die dringende Bitte, uns in der Aufrechterhaltung des freien Wettbewerbs unterstützen zu wollen, und weisen darauf hin, daß, wenn nicht schleunigst Abhilfe geschaffen wird, der pommersche, durch die Inflation geschwächte Handel zugrunde geht.“

Selbstverständlich fehlt es dem Landbund nicht an einer Begründung für sein eigenartiges Vorgehen. Angeblich will man die Preisbildung für landwirtschaftliche Produkte in die Hand bekommen. In welcher Richtung das aber geschehen soll, erkennt man daran, daß nirgend in dem Beschlusse davon die Rede ist, die von ihm konfessionierten Händler dürften ihre Produkte nur mit einem angemessenen Gewinn abgeben. Darauf kommt es den Großagrariern nicht an. Wichtiger ist es ihnen, auf dem Wege über eine eigene Umsatzsteuer den schwachen Parteikassen Geld zuzuführen, und wir zweifeln nicht, daß bei der Auswahl der Händler keineswegs nur völkische Gesichtspunkte maßgebend sind, sondern daß man vielmehr mit jedem patiiert, der diese saueren Geschäftsmethoden mitmacht.

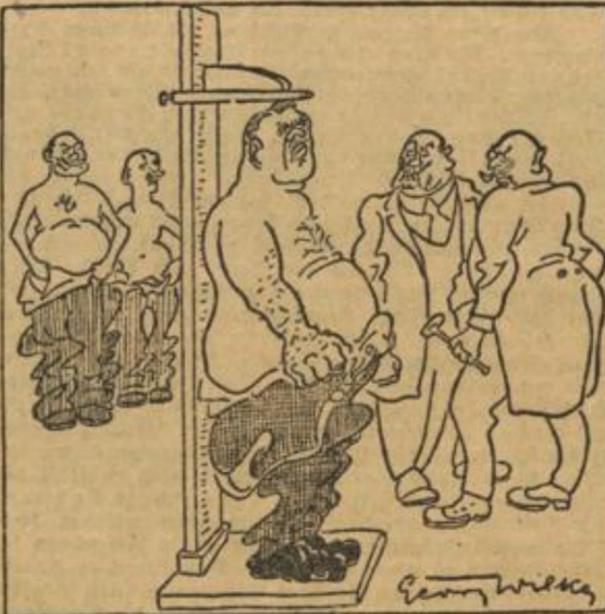
Ueberdies ist die Vermutung nicht von der Hand zu weisen, daß man mit einer derartigen Regelung des Getreide- und Produktienhandels ein ähnliches Ziel verfolgt wie es die amerikanischen Farmer im Zusammenschluß mit den führenden Getreidefirmen angestrebt haben: Man beabsichtigt offenbar in nicht allzu ferner Zeit die Schaffung eines Agrikulturstes, der die Getreidepreise nach Belieben hochschrauben kann und zum mindesten es ermögliehen soll, bei der von den Großagrariern propagierten Einführung eines Schutzzölles jede Senkung des Getreidepreises bei günstiger Ernte zu verhindern.

Wollten die Agrarier nämlich wirklich eine Verminderung der großen Spanne, die heute noch zwischen den Erzeugerpreisen und den Kleinhandelspreisen für Lebensmittel besteht, so wäre es geradezu widersinnig, wenn sie sich mit den

kapitalistischen Organisationen zusammenschließen. Hat doch selbst der bekannte Landbundsführer Freiherr v. Wangenheim-Klein-Spiegel wiederholt den richtigen Weg gezeigt und darauf hingewiesen, daß eine wirkliche Verbilligung der Warenverteilung nur auf dem Wege über die großen genossenschaftlichen Organisationen möglich ist. Dieser Parole leisten die pommerschen Landbändler keine Gefolgschaft. Denn die Verbraucherorganisationen werden sich schon weigern, der politischen Organisation des Reichslandbundes einen besonderen Tribut zu zahlen.

Der wirtschaftliche Terror, den der Reichslandbund auszuüben sucht und mit dem er sogar den Lebensmittelhandel seinen eigenen politischen Zwecken dienstbar machen will, widerspricht in der Tat allen Begriffen, die man sich bisher in einem Rechtsstaat gemacht hat. Die rücksichtslose Ausnutzung des Bodenmonopols zugunsten einer kleinen Bevölkerungsschicht ist zwar seit jeher Programmpunkt der Großagrarien. Jetzt jedoch geht man weiter. Man spielt sich zum

Musterung der deutschnationalen Spitzendanddaten.



„Obertopf etwas schwach entwickelt, aber die Hände garantieren große Schlagfertigkeit. A. v.“
(Kandidaturverwendungsfähig.)

Steuererheber auf und verhängt den Boykott gegen alle diejenigen, die dem Landbund kein Geld geben wollen. Was sagt der Reichsernährungsminister, was der Reichswirtschaftsminister zu dieser Ungeheuerlichkeit?

Die Verbraucher aber und der Mittelstand sehen, was ihnen von dem Bürgerblock droht. Oder glaubt jemand daran, daß eine Bürgerblockregierung es wagen würde, gegen derartige Machenschaften ihrer stärksten Träger und Propagandisten aufzubegehren? Tut man das aber nicht, so ist die Auswucherung des Volkes und die Preisgabe des Lebensmittelhandels an das Diktat der Agrarier unermessbar.

Man muß den Landbündlern dankbar sein, daß sie diese Kostprobe ihrer Vorstellungen von politischer Macht gegeben haben. Sie laufen auf nichts anderes heraus, als auf die Bildung einer Minderheitsdiktatur, deren stärkste Waffe die Hungerpeitsche ist. Es ist das die gleiche Methode, die die Kommunisten anwenden. So hat man wohl recht, wenn man das Ideal der Landbändler im Bolschewismus eigener Prägung sieht.

Hohenzollern-Justiz.

Das Landgericht I erklärt die Beschlagnahme des Hohenzollern-Vermögens für rechtsungültig!

Genosse Siegfried Weinberg sendet uns in Ergänzung seines in Nr. 536 des „Vorwärts“ erschienenen Aufsatzes: „Hohenzollern / Deutsches Volk“ folgende Zeilen:

In meinem Artikel „Hohenzollern / Deutsches Volk“ in Nr. 536 des „Vorwärts“ habe ich bereits ausgeführt, daß wir zu unseren monarchistisch gesinnten Richtern nicht das Vertrauen haben, daß bei einem gerichtlichen Austrag des Streit es um das angebliche „Hohenzollernvermögen“ das Volk zu seinem Rechte kommen würde. Erst nach der Abfassung jenes Aufsatzes kommt mir ein Urteil der 4. Zivilkammer des Berliner Landgerichts I zu Gesicht, das sich vor einigen Monaten mit der Rechtsgültigkeit der Beschlagnahmeverordnungen befaßt hat, und das meine Befürchtungen in jeder Beziehung rechtfertigt. Ein Bankier hatte sich mit Recht auf Grund einer auf die Beschlagnahmeverordnungen gestützten Verfügung des damaligen preussischen Finanzministers, Genossen Lüdemann, geweigert, die Verfügungen des Hohenzollernprinzen Friedrich Leopold — der bekanntlich sofort nach dem 9. November auf seinem Wohnsitz in Klein-Sittenide die rote Fahne gehißt hatte — über sein Bankguthaben anzuerkennen, so daß der Hohenzollernprinz klagbar gegen den Bankier vorging. Der Bankier veränderte seinerseits der preussischen Regierung den Streik. Diesen Prozeß hat das Landgericht zugunsten des Hohenzollernprinzen entschieden, indem es sich auf den Standpunkt stellte, daß die preussischen Beschlagnahmeverordnungen ungültig seien. Das Gericht ist zwar so gnädig, anzunehmen, daß diese im November 1918 erlassenen Verordnungen zur Zeit des Erlasses gültig gewesen seien, da damals zu befürchten gewesen sei, daß die Volkswut sich gegen den Besitz des vormaligen Königshauses und seiner Mitglieder richten würde, und daß deshalb die Beschlagnahme auf Grund des preussischen Polizeirechts, insbesondere des Allgemeinen Landrechts vom Jahre 1794 (!!) gerechtfertigt werden könne. Jetzt seien aber die Volksleidenschaften hinsichtlich des vormaligen Königshauses so weit beruhigt und die Staatsgewalt so weit erstarrt, daß

die polizeirechtlichen Grundlagen der Bekanntmachungen heute als fortgefallen angesehen werden müssen“. Die Beschlagnahme habe zu einer völligen „Entrechtung“ der Hohenzollern geführt. Die Enteignung sei auch „nicht zum Wohle der Allgemeinheit“ vorgenommen und schon deshalb sowie wegen des Fehlens einer angemessenen Entschädigung nach Artikel 153 der Reichsverfassung ungültig.

Den Kenner der Denkwiese der Mehrzahl unserer Richter kann dies Urteil sowie seine Begründung nicht in Erstaunen setzen. Es betrachtet offenbar die ganze Beschlagnahme des dem Volke gehörigen fogenannten „Kronvermögens“ nur unter dem Gesichtspunkte, wie weit sie geeignet ist, der Hohenzollerndynastie zum Vorteil zu gereichen. Dies war der Fall, solange befürchtet werden mußte, daß das Volk dieses Eigentum nicht genügend respektieren würde. Es beurteilt die Ereignisse der deutschen Revolution und die staatsrechtlichen Umwälzungen der Jetztzeit mit den Polizeigeboten des Allgemeinen Landrechts aus dem achtzehnten Jahrhundert!

Das Urteil zeigt, wie groß die Gefahr ist, daß unsere königlich preussischen Gerichte das Volksovermögen dem königlichen Deserteur und seiner Familie zusprechen, wenn nicht das Volk am 7. Dezember dafür sorgt, daß ein Reichstag gewählt wird, der die verfassungsrechtlichen Grundlagen für eine Lösung dieses Problems im Sinne des Volkes auch für den königstreuesten Richter völlig außer Zweifel stellt, und ein Landtag, der mit aller Energie diese Volksrechte gegen die dynastischen Ansprüche durchsetzt.

Wer lacht da nicht?

Graf Westarp als Talmudist.

Der satyam bekannte Graf Westarp hat in einer Rede in Königsberg abermals über die Außenpolitik der Deutschnationalen gesprochen und abermals bekräftigt, daß sie grundsätzlich verschieden von der bisherigen republikanischen Außenpolitik ist. Ueber den 29. August jonglierte er hinweg. Nach einem Bericht der T. l. sagte er:

„Er betonte, daß in der Fraktion über die grundsätzliche Beurteilung des Sachverhältnisses und der Londoner Abmachungen Einmütigkeit geherrscht habe.“

Also grundsätzlich nein, aber praktisch fünfzigprozentig ja. Nun entsteht offenbar eine Legende, die von der deutschnationalen Parteileitung ausgeht. Es soll versucht werden, daß um vier Ministerfraktionen die deutschnationale Fraktion Bestimmung und Grundzüge verschacherte wie alte Hofen.

Der schmutzige, gemeine, charakterlose Schacher ist durch keine Legende aus der Welt zu schaffen. Die Deutschnationalen werden als die verlogene Partei des 29. August in der deutschen politischen Geschichte ewig gebrandmarkt sein.

Du ahnst es nicht!

Kreuzzeitung's Weisheiten.

In der „Kreuzzeitung“ schreibt ein gewisser Oberst von Mantey über das Thema „Volksgemeinschaft“. Die Sozialdemokratie gehört natürlich nicht dazu; denn wer ist die Sozialdemokratie?

„Immer wieder muß gesagt werden, daß Sozialdemokratie und Arbeiterpartei nicht dasselbe ist. Wer sind denn die Sozialdemokraten“, abgesehen von Ausnahmen? Doktoren, Rechtsanwälte, Parteifunktionäre, Leute, die sich vor der Arbeiterchaft im Gewande des Bürgers stellen und „wir Proletarier“ sagen.“

Da müßte es in Deutschland mehrere Millionen Doktoren, Rechtsanwälte und Parteifunktionäre geben. Wir haben immer gewußt, daß wir das Volk der Dichter und Denker sind, daß sich, aber das deutsche Volk zum größten Teil aus Doktoren, Rechtsanwälten und Parteifunktionären zusammensetzt, ist eine neue Entdeckung. Ueber ganze sechs Zeilen weiter schreibt dieser Herr:

„Wir haben ein Schieberegiment, das sich in das deutsche Volk wie Ungeziefer eingenistet hat, das weder wir von rechts los werden können, noch die Arbeiter, und das unser Volk in einer Weise ausfaugt, wie es die 4-5 Millionen Arbeiter der Sozialdemokratie nicht ahnen.“

Also es gibt auch Arbeiter in der Sozialdemokratie. 1 bis 5 Millionen, sagt Herr Mantey. Bei der letzten Wahl waren es 1,5 bis 2 Millionen, wird sich zeigen, daß es einige Millionen mehr sind. Das sind also die Ausnahmen in der Sozialdemokratie, die große Mehrzahl sind Doktoren, Rechtsanwälte, Parteifunktionäre. Sie müßten dann mindestens doppelt so stark sein, wie die paar Millionen Ausnahmearbeiter.

Aber hören wir auf, Herr Mantey, wie wird Ihnen, wenn Sie ihre Rechnung zu Ende führen?

Massenversammlungen der KPD.

Wie sie aussehen.

„Ueberfüllte kommunistische Versammlungen“, so berichtet die „rote Fahne“ ihren gläubigen Lesern. Zu Massenbesuchen der öffentlichen Wählerversammlung forderte die KPD die Arbeiter, Angestellten und Beamten in der Gegend Pappeallee, Stargarder Straße usw. durch Klebstreifen auf. Versammlungsort: Pappeallee 14, ohne nähere Bezeichnung des Lokals. Und siehe da, das Versammlungslokal erwies sich als das circa 25-30 Personen fassende Vereinszimmer des dort befindlichen Restaurants. Viel Jutrouen zu der Jugkraft der KPD. Scheint man also selbst in der eigenen Leitung nicht mehr zu haben. Der Besuch dieser Versammlung war denn auch so, daß, wenn noch ein paar Duzend Besucher erschienen wären, in dem Vereinszimmer der nächstgelegenen Kneipe eine Parteiversammlung hätte abgehalten werden können.

Aus der Wahlbewegung.

Erfolg einer deutschvölkischen Wählerversammlung.

Am 11. November veranstalteten in Franzlau die Deutschvölkischen eine Wählerversammlung, in der ihr Reichstagskandidat Ruthe-Berlin sprach. Von Anfang an machte sich eine starke Strömung gegen den Redner geltend, der seine auswendig gelernte Rede vom Stapel ließ, ohne auf Zwischenrufe einzugehen. In der Diskussion sprachen äußerst wirkungsvoll ein Vertreter des Reichsbanners aus Berlin, ein Sozialdemokrat und ein Frontkämpfer für die Demokratie. Ehe Herr Ruthe das Schlußwort sprechen konnte, schlug der Vorsitzende des sozialdemokratischen Ortsvereins folgende Resolution vor:

„Die Versammlung erklärt sich für friedliche demokratische Entwicklung, für Republik und Völkerverständigung, gegen Kriegshetze und Ausbeutung der Massen.“

Sie wurde mit großer Mehrheit angenommen. Ein Sach auf die Republik beschloß diese eindrucksvolle Kundgebung. Alle Besucher verließen den Saal und die Versammlungsleitung, die vollständig verlogt hatte, blieb unter sich.

Achtung, Munition geliefert, die Reaktion rüstet!

Wirtschaft

Der Reichsindex für die Lebenshaltung.

Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltung betrug am 12. November 122,4. Das bedeutet gegen die Vorwoche eine Abnahme um 0,5 Proz.

Während die Reichsindexziffer für die Lebenshaltung — deren Unzulänglichkeit bekannt ist — einen geringen Rückgang aufweist, sind die Großhandelspreise besonders diejenigen der Lebensmittel, lebhaft gestiegen. Die auf den Stichtag des 12. November berechnete Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamts ist gegenüber dem Stande vom 5. November (126,6) um 2,4 Proz. auf 129,7 gestiegen. Höher lagen die Preise namentlich für Getreide, Kartoffeln, Rind-, Schweinefleisch, ferner für die meisten Textilrohstoffe und -halbwaren, für die meisten Metalle und Benzin. Gefunken sind die Preise für Butter, Schmalz, Zucker und Treibriemenleder. Von der Hauptgruppen sind die Lebensmittel von 121,5 auf 125,8 oder um 3,5 Proz. und die Industrierohstoffe von 136,2 auf 137,1 oder um 0,7 Proz. gestiegen.

Törichte Abwehr.

Nach einmal das russische Budget.

Unser Artikel „Der russische Staatshaushalt“ in Nr. 512 hat die „Rote Fahne“ veranlaßt, wie gewöhnlich, die Schale ihres Jorns über uns auszugießen. Die jungen Leute in der „Roten Fahne“ halten Sowjet-Rußland für das Idealland menschlicher Gemeinschaft und deswegen können sie keine unabhängige Kritik vertragen, nicht einmal außerhalb der Grenzen des Landes. In dem alles unter der Fuchel der kommunistischen Diktatur steht. Allerdings ist die „Fahne“ in ihrem Jorn nicht sehr geschickt. Sie kommt auf diese Weise dazu, Dinge abzuleugnen, die selbst die maßgebenden Kommunisten in Moskau anerkennen müssen:

1. „Zugow verschweigt, daß in Sowjetrußland 10 Proz. des Budgets für kulturelle Zwecke ausgeworfen werden und daß der Gehalt der Lehrer um 20 Proz. erhöht ist.“ Die strengen Kritiker sehen nicht, daß wir uns mit dem Budget der Sowjetunion befassen und daß die Ausgaben für kulturelle Zwecke zu Lasten der Budgets der einzelnen Republiken und örtlichen Instanzen gehen. Aber wir sind bereit anzuerkennen, daß in Sowjetrußland für alle sozialen und kulturellen Bedürfnisse, d. h. für Bildungswesen, Hygiene und soziale Fürsorge nur 10 Proz. ausgeworfen werden, während die Ausgaben für Militärzwecke 18 Proz. ausmachen. Das alles aber unter der Bedingung, daß im Lande alle anderen nichtstaatlichen Einrichtungen, als Bildungsanstalt, Krankenhäuser, Heime usw., verboten sind. Lunarscharsky, der Volkskommissar für Volksbildung, beurteilt die Verhältnisse seines Ressorts folgendermaßen:

„Der Zustand unseres Volksbildungswesens ist bedrohlich. Die Schülerzahl ist im Jahre 1924 im Verhältnis zum Jahre 1921 auf die Hälfte zurückgegangen und ist niedriger als in der Vorkriegszeit. Am schlimmsten steht es mit der Bildungsarbeit für die Vorschulbildung. ... Wir haben alles verloren, worauf wir so stolz waren. Es gibt eine Reihe von Gouvernements, in denen die Lehrer im buchstäblichen Sinne des Wortes hungern.“

Wenn man daran denkt, daß die Semstwo-Verwaltungen des zaristischen Rußlands allein für Bildungswesen 31 Proz. ihres Budgets verbrauchten, so übertrifft die Summe von 10 Proz., die jetzt von der Arbeiter- und Bauernregierung auf Volksbildungswesen, Hygiene und soziale Fürsorge verwendet wird, lediglich durch ihre Geringsfügigkeit.

Der Kampf gegen die verräterischen Verleumder von rechts und links erfordert in Berlin bedeutende Geldmittel. — Zahle deshalb jeder, der nur irgend kann, schnellstens seinen freiwilligen Beitrag für den Wahlfonds der SPD. in Berlin, an die Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Berlin S. 14, Wallstraße 65, oder auf Postcheckkonto 48743 an Aeg Pagels Berlin SW 68, Lindenstraße 3, ein.

2. Unsere Behauptung, daß die Bauern infolge der Hungersnot nicht insstande sein werden, die schwere landwirtschaftliche Steuer zu zahlen, nennt die „Rote Fahne“ erlogen. Aber die Tatsachen reden eine andere Sprache. Wir geben über dem stellvertretenden Vorsitzenden des Sowjetkongresses Kamenjew das Wort, denn die Ehrfurcht vor der vorgelegten Behörde ist bei den Redakteuren der „Roten Fahne“ das einzige Gefühl, das noch funktioniert:

„Wir sollten bis zum 1. November 155 Millionen Rubel einnehmen. Wir haben aber bis zum Augenblick nur 57 Millionen Rubel eingenommen. Natürlich schließt infolgedessen auch unser abhängiger Getreideverkauf mit einem Defizit ab. ... Deshalb hängt unser ganzer Export- und Importplan in der Luft. ... Unsere Einfuhr ist infolgedessen größer als die Ausfuhr.“ (Bericht des ZK. vom 31. Oktober.)

3. Die „Rote Fahne“ wirft uns vor, wir hätten verschwiegen, daß die Sowjetindustrie im schnellen Tempo wieder aufgebaut wird. Unser Artikel behandelte die Sowjetfinanzen und nicht die Sowjetindustrie. Wir sind aber bereit, auch hierüber unsere Meinung offen zu sagen. Es ist richtig, seitdem man darauf verzichtet hat, kommunistische Experimente in einem unentwickelten Lande zu machen, läßt sich ein langsamer, von Krisenerscheinungen unterbrochener Aufstieg wieder feststellen. Aber es muß folgendes betont werden: 1. vollzieht sich diese Wiederherstellung der Volkswirtschaft auf der Grundlage einer ungewöhnlich starken kapitalistischen Ausbeutung, die von dem Staatskapitalismus, auf den sich die russischen Kommunisten zurückgezogen hatten, weit entfernt ist. 2. Die nationalisierte Industrie wird so töricht und verlustreich geleitet, daß sie nur auf Kosten ihrer Substanz und des Betriebskapitals überhaupt existieren kann. 3. Die Wiederherstellung geschieht nicht dank den Maßnahmen des Staates, sondern oft genug trotz dieser Maßnahmen. Im Kampfe und unter Umgehung der staatlichen Anweisungen. Und schließlich 4. in einem Lande, in dem formell die Diktatur des Proletariats existiert, wird der Versuch gemacht, die Unrentabilität der Industrie durch Verlängerung der Arbeitszeit, durch Einführung der Akkordarbeit und anderer Formen der Intensivierung der Leistung der Arbeiterschaft herbeizuführen.

4. „Die Produktion hat sich im letzten Jahre um 30 Proz. gehoben.“ Es ist richtig, die Produktion einiger Industriezweige ist im letzten Jahre erheblich gewachsen. Aber erstens fiel der Leistungsgrad der Industrie während des Bürgerkrieges auf 7—10 Proz. der Vorkriegszeit, so daß ein Fortschritt um 30 Proz. für die Höhe des erreichten Grades noch nichts besagt. So hat sich z. B. die Erzeugung im letzten Jahre verdoppelt, erreicht aber trotzdem erst 8 Proz. der Vorkriegserzeugung. Auch der Volkskommissar für Finanzen Sokolnikow äußert sich ähnlich über die Zunahme der Produktion:

„Das Bestreben, künstlich die Entwicklung unserer Schwerindustrie zu beschleunigen, verleitet uns zu politischen

fehlern und schadet den Arbeitern und Bauern. ... Das übertriebene Tempo führt lediglich zu schweren Krisen.“ („Pravda“ vom 1. November.)

5. Wir sollen Kredite und Subsidien verwehrt haben. Diese Verwehrlage haben nicht wir vorgenommen, sondern die Leiter der Sowjetindustrie, die kurzfristige Kredite aus dem vergangenen Jahre in Höhe von 240 Millionen Rubel nicht zurückzahlen konnten. („Handels- und Industriezeitung“ Nr. 223) Krumin, der Redakteur der „Ekonomschestsja Schisnj“ schreibt darüber: „Unser Kredit ist in vielen Fällen ungezogen gewesen. Die Gelder, die wir als Kredit hergegeben haben, sind verloren gegangen. Das gilt in erster Linie von den langfristigen Krediten für die Industrie.“ („Ekon. Schisnj“ vom 1. November.)

6. Die Emission von Papiergeld hat aufgehört, die Inflation sieht nur noch im Kopfe der Menschewisten — behauptet die „Rote Fahne“.

Derselbe Krumin schreibt in einer Auseinandersetzung mit den Deuten, die einer künstlichen Erweigerung der Produktion ohne Rücksicht auf die wirkliche Kaufkraft des Publikums das Wort reden:

„Die Kredite, die wir geben, sind ein Teil der vorhandenen Geldmasse, und die Frage des Ausmaßes der Bankmission kann und darf nicht von dem Problem unseres gesamten Geldumlaufes getrennt werden. Vor uns steht als selbständige Aufgabe die Verpflichtung, die Widerstandsfähigkeit des Geldumlaufes und die Stabilität der Baluta zu sichern.“

In dem Artikel „Gefahr im Verzug“ heißt es:

„Unsere Industrie durchlebt eine gefährliche Krise: Es fehlt an Mitteln für den Ankauf von Rohmaterial („Handels- und Industriezeitung“ vom 1. November). Und der Bericht des Gosplan stellt ein allgemeines Anwachsen der Schuldverpflichtungen für die Bezahlung der Arbeitslöhne fest. Selbst die Verpflichtungen für September sind noch nicht erledigt!“

Darauf konzentrierte sich auch der Sinn unserer Kritik. Eine unrentable Industrie, Transport, Bureaurotie, Tscheka verlangen starke Zuschüsse. Die Einstellung dieser Zuschüsse gefährden die Diktatur. Gegeben werden können sie aber nur um den Preis, daß man sich auf das stürmische Meer der Inflation wagt, denn das bedeutet es, wenn man die Notenpresse in Bewegung setzt.

Die jungen Leute in der „Roten Fahne“ verwechseln eine sachliche Kritik des Sowjetbudgets mit einer ... Intervention. Sie sehen überall irgendwelche Hände sich nach dem kaukasischen Petroleum ausstrecken. Nach soviel Mord- und Gewalttaten, wie die russischen Kommunisten in Georgien auf dem Gewissen haben, ist es kein Wunder, daß auch ihre deutschen Jünger an Halluzinationen zu leiden beginnen.

Die Erhaltung der öffentlichen Sparkassen.

In einer Verfügung des preussischen Ministers des Innern an die Ober- und Regierungspräsidenten heißt es u. a.:

In der letzten Zeit sind verschiedentlich Versuche bekannt geworden, öffentliche Sparkassen aufzulösen, um sie dann gegebenenfalls unter Vermittelung mit einer örtlichen Kommunalkasse als Abteilung einer Zweiganstalt eines Provinzialkreditinstituts neu entstehen zu lassen. Wenn auch in dem Bundesrat vom 13. April v. J. die Ablehnung der öffentlichen Bankanstalten der unteren Kommunalkassen an das provinzielle Kreditinstitut, insbesondere an die Girozentrale, und dessen Beteiligung an der örtlichen Kommunalkasse empfohlen wird, so würde es doch eine völlige Verkennung der Grundtendenzen jenes Erlasses bedeuten, hieraus zu folgern, daß das provinzielle Kreditinstitut auch öffentliche Sparkassen sich eingliedern dürfte. Der Bundesrat stellt vielmehr ge-



NUR HEUTE

SONNENABEND

Verkauf nur soweit Vorrat

Mengenabgabe vorbehalten

- Unterkleider aus Kanstseide, viele Farben und Größen..... **5⁹⁰**
- Eleg. Garnitur Hemd und Schlupfhemd aus feinem Wäschetuch, zusamm. **5⁷⁵**
- Nachthemd dazu passend..... **5²⁵**
- Hemd hose neueste Windform, mit schöner Stickerei reich garniert..... **2⁹⁵**

Guter Flauschmantel 19⁷⁵	Trikotkleid aus guter Kanstseide 11⁷⁵	Hemdbluse aus gutem Baumwollstoff, in schönen Streifen 5⁵⁰	Kasak aus gutem Stoff in modernen Streifen, mit langen Ärmeln 6⁷⁵
Farbige Wiener Schürzen in bunt Kretonne 1⁴⁵	Farbige Wiener Schürzen in bunt Kretonne und Indigo 1⁷⁵	Kleidervelours 75 Pf.	Kleidervelours gute Qualität, türkisch gemastert 1⁴⁵ Meter
Moderne Rockstreifen Halbwolle, 100 cm breit 1⁸⁵ Meter	Reinw. Cheviot 150 cm breit, marine 2⁹⁵ Meter	Rippensamt ca. 90 cm breit, für Morgenschuhe 4⁹⁰ Meter	Crêpe de chine ca. 100 cm breit, in vielen Farben 5⁴⁰ Meter
Oberhemd Perkal, gestützte Brust, mit 1 steifen und 1 weichen Kragen 7⁹⁰	Selbstbinder in schönen Ausmusterungen 1¹⁰	Damen-Laschenschuhe aus Kamelhaar-Art mit kleinen Schönheitsfählern 1⁹⁵ Paar	Wäscheknöpfe verschiedene Größen, sortiert 35 Pf. Karte 4 Dtm.

HERMANN TIETZ

rade das überwiegende staatliche und volkswirtschaftliche Interesse an dem Bestande und der Kräftigung der Sparkassen in den Vordergrund, indem er die Gründung von Kommunobanken nur zulässt, wenn sie ohne Beeinträchtigung der Sparkassen erfolgen kann und insbesondere für die Fälle ablehnt, in denen die mit der Begründung einer Kommunobank angestrebten Ziele durch Einrichtung einer besonderen "Bankabteilung" erreicht werden können.

Das Sparkassenwesen bedarf gerade in der heutigen Zeit, wo die Betätigung eines wiedererwachenden Spartriebs die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse wirksam zu bessern geeignet ist, der besonderen Fürsorge des Staates. Eine Auflösung von Sparkassen ist deshalb, soweit sie nicht etwa zum Zwecke und in Durchführung des Zusammenschlusses gemeindlicher Sparkassen mit einer Kreisbank erfolgt — ein Vorgehen, das im Interesse der Ersparnis an Verwaltungskosten nur Förderung verdienen würde — grundsätzlich unerwünscht; keinesfalls darf sie zum Zwecke der Eingliederung von Sparkassen in provinzielle Kreditinstitute oder deren Zweiganstalten erfolgen.

Der Minister ersucht deshalb die nachgeordneten Behörden, die Auflösung von Sparkassen nur ausnahmsweise und lediglich dann zu genehmigen, wenn es nach der besonderen Lage der örtlichen Verhältnisse zweckmäßig erscheint. Dies wird in der Regel in solchen Fällen angenommen werden können, in denen sich eine Zusammenlegung mehrerer Sparkassen in einem Kreise deshalb empfiehlt, weil sie erhebliche Ersparnisse an Verwaltungskosten herbeiführen würde, ohne daß die Ruchkraft der einzelnen Sparkassen für ihren Garantieverband und für die wirtschaftlichen Interessen der Bevölkerung des Garantieverbandes hierdurch beeinträchtigt wird. Nach den gleichen Gesichtspunkten wird die Be-

nehmigung zur Errichtung einer Sparkasse (Sparabteilung) in Verbindung mit einem provinziellen Kreditinstitut oder deren Zweiganstalt in der Regel verweigert werden müssen.

Reichsbank. Der Reichsbankausweis vom 7. November zeigt nach der starken Anspannung, die der Oktoberultimo gebracht hatte, eine wesentliche Entlastung. Nach großen Rückflüssen an Zahlungsmitteln besaß der Notenumlauf auf 1721,8 Millionen Reichsmark, außerdem sind noch etwa 1850 Millionen Rentenmark im Verkehr. Die Bestände an Wechseln und Lombardsforderungen sind etwas zurückgegangen. Der Goldvorrat wurde um 61.000 M. auf 694,3 Millionen vermehrt. Außerdem wird zur Deckung ein Bestand von Devisen in Höhe von 231,4 Millionen Reichsmark ausgewiesen. Die Notendeckung durch Gold beträgt demnach 40,3, die Deckung durch Gold und Devisen 58,8 Proz.

Dresdner Bank. Bei der Aufstellung der Goldmarkbilanz weist die Dresdner Bank ein Reinvermögen von 100 Millionen Goldmark aus, wovon 22 Millionen dem Reservefonds überwiesen werden und die übrigen 78 Millionen als Goldmarkkapital gelten. Die Zusammenlegung der bisher im Betrage von 975 Millionen Mark ausgegebenen Aktien erfolgt im Verhältnis von 12 1/2 : 1. Effekten und Gebäude sind auch bei dieser Bilanz so niedrig angegeben, daß hierin große stille Reserven enthalten sind. So stehen die 119 Bankgebäude mit nur 4 Millionen zu Buche.

Die Produktionseinschränkungen des Ruhrbergbaus. In der Mitgliederversammlung der Ruhrkohle A.-G. des Kohleninhalts wurde am Mittwoch vom Vorstand Bericht erstattet über das Ergebnis der Verhandlungen, die wegen der Reparations-

Lieferungen in Essen geftogen worden sind. Bei der Besprechung der Marktlage wurde darauf hingewiesen, daß leider die Absatzverhältnisse noch nicht günstiger geworden sind. Dies kommt darin zum Ausdruck, daß beschlossen werden mußte, die Verkaufsbeteiligung in Kohle auf 55 Proz., in Stolz und Breitsolz auf 40 Proz. anteilig zu verringern. Es sind damit neue Produktionseinschränkungen vorgegeben. Für die Verhandlung der Streitfragen, die noch zwischen der Mehrheit und den beigeschlossenen Parteien bestehen, wurde ein Ausschuss ernannt.

Grundfällige Einigung mit der Schweiz. Die seit Wochen andauernden Verhandlungen zwischen Deutschland und der Schweiz, betr. den Abbau der beiderseitigen Einfuhrbeschränkungen, stehen vor dem Abschluß, nach dem unbeschadet der Bestimmungen des deutsch-schweizerischen Handelsvertrages über die wesentlichen Grundzüge eine Einigung erzielt worden ist. Der völlige Abbau ist für den 30. September 1925 vereinbart worden. Die Zahl der Waren, hinsichtlich deren sich die Bestimmungen für die Uebergangszeit Einfuhrbeschränkungen noch vorbehalten, hat eine wesentliche Verminderung erfahren. Um eine Beschleunigung des Abbaus schon während der Uebergangszeit zu ermöglichen, haben sich beide Teile bereit erklärt, jederzeit in Verhandlungen über die Revision der Kontingentlisten einzutreten. Das Abkommen tritt am 30. September 1925 in Kraft. Der Abschluß der Vereinbarung durch die Delegation hängt von der Verständigung über die Kontingentlisten ab, über die zurzeit noch verhandelt wird. Die Vereinbarung soll 14 Tage nach ihrer Genehmigung durch beide Regierungen in Kraft treten.



Lindemann's

Pf.-Tage werden berechtigtes Aufsehen erregen!

Beginn Sonnabend den 15. November, früh 9 Uhr

- | | |
|--|--|
| Kasaks aus guter Baumwollflanell 95 Pf. | 3 Strickbinder in soliden Mustern 95 Pf. |
| Blusen aus gutem Veloursbarchent 95 Pf. | Hosenträger aus gut. Gummil mit Lederpatte 95 Pf. |
| Schotten für Kleider, 90 cm breit, Mtr. 95 Pf. | Selbstbinder breite moderne Form 95 Pf. |
| Hauskleid.-Stoffe für praktische Kleider, Mtr. 95 Pf. | Damenschlüpfer Baumwolle, viele Farben 95 Pf. |
| Blusenstoffe hübsche Steifen 95 Pf. | 2 Korsettschoner weiß, gestrickt 95 Pf. |
| Veloursbarchent gute Qualität 95 Pf. | Damenhemden weiß, gestrickt 95 Pf. |
| Seidenbatist weiß 95 Pf. | Untertaille stark gestrickt 95 Pf. |
| Schwarz-weiß karierte Kleiderstoffe, Mtr. 95 Pf. | 2 Stück Kinder-röckchen gestrickt, Baumwolle 95 Pf. |
| 2 Mtr. Rohnessel 50 cm breit 95 Pf. | Kindertrikots 70 cm lang 95 Pf. |
| Linon Kissenbreite gute Qualität 95 Pf. | 3 Paar Damen-strümpfe 95 Pf. |
| Mako-Imitat. 60 cm breit 95 Pf. | 2 Paar Damen-strümpfe Feine und Spitze verziert 95 Pf. |
| Züchen- od. Bettkattun 60 cm breit 95 Pf. | Damenstrümpfe Seidenfaser 95 Pf. |
| Wischtücher kar. 45x45 ges. u. geb. 3 Stk. 95 Pf. | 2 Paar Herren-socken farbig 95 Pf. |
| Schlosserbarchent gute Qualität 95 Pf. | Herrensocken m. lambariert. Streifen Paar 95 Pf. |
| 2 Handtuchstoffe für Küche und Stube 95 Pf. | Damen- Trikot-handschuhe angeraucht 95 Pf. |
| Handtücher reines Linen 95 Pf. | Küchenhand-tücher gezeichnet 95 Pf. |
| 4 Poliertücher 95 Pf. | Nachtischdecke mit Spitze und geschnitten 95 Pf. |
| 4 Scheuertücher 95 Pf. | Mitteldecken mit Spitze oder Hohlraum 95 Pf. |
| Wischtücher mit Inschrift, Halbleinen 95 Pf. | Kaffeewärmer gest. weiß oder schwarz 95 Pf. |
| 3 Taschentücher mit gest. Buchstaben 95 Pf. | Kissenplatten weiß, grau oder schwarz 95 Pf. |
| 4 Taschentücher mit gestickter Ecke 95 Pf. | Wäschestickerei Coupon 3, 4, 5 m 95 Pf. |
| 6 Kindertücher buntfarbig 95 Pf. | Klöppelspitze u. Einsätze Kupon 4 1/2, 6, 7, 8 m 95 Pf. |
| 5 Taschentücher Arabas, für Herren 95 Pf. | Maschinengarn 2 Rollen 95 Pf. |
| 6 Hohlraumtuch. für Damen 95 Pf. | Bubikragen und Manschetten 95 Pf. |
| 3 Taschentücher im Karton 95 Pf. | Etamin kariert, 130 cm breit 95 Pf. |
| Damenhemden a. gl. Wäsche mit m. Hohlraum 95 Pf. | Gardinen Schallbreite, gewebter Tüll 95 Pf. |
| Untertailen mit Stickerel 95 Pf. | Scheibenschleier 2 Stück, mit 2 Silbchen 95 Pf. |
| Beinkleider aus gutem Wäscheuch 95 Pf. | Wachstuchdecke 60x100 95 Pf. |
| Schürzen aus gemast. Stoffen, Jumper- oder Wiener Form 95 Pf. | |
| Mädchen- und Knab.-Schürzen verschiedene Größen 95 Pf. | |
| Büsicnhalter Trikot 95 Pf. | |

- | | |
|--|---|
| Hemdbluse aus Baumwollflanell 95 Pf. | Kostümröcke aus praktischen Stoffen 2 95 Pf. |
| Kasaks aus buntem Veloursbarchent 95 Pf. | Hemdblusen aus gut. Wollflanell 2 95 Pf. |
| Kostümröcke f. Backstiche, mit Knopf/garnierung 95 Pf. | Cheviot 130 cm breit, reine Wolle 2 95 Pf. |
| Kinderkleider aus warm. Winterstoff, Gr. 45-60 95 Pf. | Kammgarn-Twill 105 cm breit, Elbasser Ware 2 95 Pf. |
| Reinwoll. Cheviots doppeltbreit 95 Pf. | Reinwoll. Popeline doppeltbr., verschied. Farb. Mtr. 2 95 Pf. |
| Crêpe Marocain 100 cm br., mod. Muster, Mtr. 95 Pf. | Noppenstoffe für Kost. u. Röcke, 130 cm breit 2 95 Pf. |
| Foulardine doppeltbr., gute Makoqualität 95 Pf. | Schotten 105 cm breit, moderne Stellungen 2 95 Pf. |
| Schweiz. Volivoile 115 cm breit 95 Pf. | Paillette-Seide viele Farben 2 95 Pf. |
| Wollmusseline hübsche Muster 95 Pf. | Bettuch Halbleinen, 140 cm breit 2 95 Pf. |
| 3 Mtr. Hemdentuch 60 cm breit, mittelbreit. Qual. 95 Pf. | Tischtücher 140x140, weiß gebleicht 2 95 Pf. |
| Hautuch 140 cm breit, für Bettlaken 95 Pf. | Rolltücher Reibleinen 2 95 Pf. |
| Eiderflanell gemastert oder rasiert 95 Pf. | Bettlaken aus Barchent weiß mit Kante 2 95 Pf. |
| Rolltücher volle Größe 95 Pf. | Nachthemden aus gut. Wäscheuch mit Hohlraum 2 95 Pf. |
| 3 Mtr. Handtuchst. Gerstenkorn 95 Pf. | Taghemden elegant, mit breiter Stickerelgarnierung 2 95 Pf. |
| Schlafdecken dankte Farben 95 Pf. | Prinzeßröcke mit reicher Hohlraumgarnierung 2 95 Pf. |
| Kaffeedecken hübsche Muster 95 Pf. | Jumper od. Wienerdürrer extra weile Formen 2 95 Pf. |
| Kopfkissen mit Langetten oder Einsätzen 95 Pf. | Hemdosen f. Damen, mit reicher Garnierung 2 95 Pf. |
| 6 Taschentücher Madelart, im Karton 95 Pf. | Korsetts moderne Formen, halbhoch 2 95 Pf. |
| Seidentücher Crêpe de Chine, handgemalt 95 Pf. | Barchent-Hemden für Herren 2 95 Pf. |
| Damenhemden oder Beinkleider aus gutem Wäscheuch mit reicher Stickerel 95 Pf. | Halbstores , Elamine, mit Einsätzen und Volant 2 95 Pf. |
| Untertailen Jumperform mit breiter Stickerel 95 Pf. | Linoleum-Läufer 67 cm breit 2 95 Pf. |
| Damen-Schürzen alle Formen aus gutem Stoffen, auch Satin 95 Pf. | Jumper , Kunstseide, Batik oder Stickerel 3 95 Pf. |
| Kunstseid. Schals für Herren 95 Pf. | Kasaks , Foulardine, mit langem Arm 3 95 Pf. |
| Selbstbinder neue Muster 95 Pf. | Kleider für Jugendliche, aus hübschen gestr. od. kar. Stoffen 3 95 Pf. |
| Oberhemd-Ersatz mit Kragen, Perkal 95 Pf. | Kasaks aus molligen Stoffen, Bubiform 3 95 Pf. |
| Damen-Schlüpfer mit angerauchtem Futter 95 Pf. | Cheviotröcke reinwoll. marineblau oder schwarz 3 95 Pf. |
| Dam.-Handschuh Schwed.-Imit. m. Kunstseid. Futter 95 Pf. | Serge , 105 cm breit, verschiedene Farben 3 95 Pf. |
| Waschtisch-Garnit. 5 teilig mit Spitze 95 Pf. | Japenseide , 85 cm breit, alle Farben 3 95 Pf. |
| Gardinenmull Punkt-muster, beste Qualität 95 Pf. | Mantelstoffe Flauch oder gemastert 3 95 Pf. |
| Läuferstoffe 65 cm br., gute Qualität 95 Pf. | Halbs.Futterdamast eleg. Jackenfutter 3 95 Pf. |
| Bettvorleger Perser-muster 95 Pf. | Prinzeßröcke m. reich. Hohlraum, Schülfform 3 95 Pf. |
| Damenputz Nur in der Turmstraße 95 Pf. | Dam.-Nachthemd. m. Stämchen od. reich. Stickerel 3 95 Pf. |
| Damen-Filzhüte moderne Farben 95 Pf. | Kleiderschürzen aus gestreift. od. gemast. Stoffen 3 95 Pf. |
| Dam.-Plüschhüte kleine aufgestül. Form 2 95 Pf. | Küchen-Garnitur 3 teilig, gezeichnet 3 95 Pf. |
| Zylinder-Plüsch-u. Samthüte mit moderner Garnierung 3 95 Pf. | Gew. Tüllgarnitur 3 teilig 3 95 Pf. |
| | Gew. Tüllbettdecke 7 teilig 3 95 Pf. |

- Nur in der Turmstraße in den neuen großangelegten Abteilungen:
- | | |
|---|--|
| Schuhwaren (auch Landsberger-Allee) | Wirtschaftswaren |
| Dam.-Pantoffel Linoleumsohle 95 Pf. | Messerkasten 95 Pf. |
| Babystiefel 95 Pf. | Aermbretter 95 Pf. |
| Kinder-Filzstiefel 95 Pf. | Kokosbesen 95 Pf. |
| Kamellhaarart. Schuhe für Damen 2 95 Pf. | Wurzelschrubber 95 Pf. |
| Niedertreter Damentuch, mit Leder 2 95 Pf. | Rosthaarseben 95 Pf. |
| Niedertreter Damentuch 3 95 Pf. | Brotkapsel 95 Pf. |
| | Wasserleit.-Schoner 95 Pf. |
| Glas und Porzellan | Handkorb groß 2 95 Pf. |
| Glasschalen gross 95 Pf. | Wurzelbesen 2 95 Pf. |
| Kuchenteller groß 95 Pf. | Maschinentopf 95 Pf. |
| 1 Satz Schalen 95 Pf. | Milchkannen 1 1/2 Liter 95 Pf. |
| 12 Kompotteller 95 Pf. | Konsole mit Maß 95 Pf. |
| 1 Käseglocke 95 Pf. | Fleischtopf schwere Ware 2 95 Pf. |
| 1 bunte Vase 95 Pf. | Seife, Parfümerien |
| 6 Tassen mit Unterlassen 95 Pf. | 3 Rieg. Kernseife und 2 Pfd. Seifenpulver mit Schmelz zusammen 95 Pf. |
| Butterdose mit Goldrand 95 Pf. | Toilettenseife 12 Stück 95 Pf. |
| Milchöpfe 6 Stück 95 Pf. | 6 Stück Badeseife 95 Pf. |
| Kaffeeservice 5 teilig 3 90 Pf. | Rasier-Apparat mit Klinge in Etui 95 Pf. |
| Emaillé u. Steingut | Zelluloid-Garnit. Seifendose, Zahnpulverdose und Zahnbürstenträger 95 Pf. |
| Kartoffelschüssel m. Deckel 95 Pf. | Rasiergarnitur Pinsel, Napf, Spiegel 95 Pf. |
| Salz- u. Mehl- 95 Pf. | Nagel-Garnitur 6 teilig, mit 2 Scheren, im eleganten Etui 2 95 Pf. |
| 10 Teller glatte, tief oder flach 95 Pf. | |
| Waschbecken groß 95 Pf. | Lederwaren |
| Salats weiß, 7 teilig 95 Pf. | Brieftaschen Leder 2 95 Pf. |
| Waschservice 3 95 Pf. | Besuchtaschen Leder 2 95 Pf. |
| Milchöpfe weiß 95 Pf. | Einkaufsbeutel bunte Stoffe 95 Pf. |
| Eimer grau, 25 cm 95 Pf. | Markttasche 30 cm, schu. Wäscheuch 95 Pf. |
| Kaffeekannen grau 95 Pf. | Isolierflaschen große Auswahl 95 Pf. |
| Kehrschaufeln weiß 95 Pf. | Schreibwaren |
| Kasserollen neublau 95 Pf. | Briefkassette Damen- oder Herrenformat 95 Pf. |
| Waschschüssel groß 2 95 Pf. | Quartblock liniert oder kariert, 100 Blatt 95 Pf. |
| Galanteriewaren | Butterbrotpapier 7 Rollen, fettlöslich 95 Pf. |
| Tablets vernickelt 95 Pf. | 6 Pack Samitas Toilettenpapier 95 Pf. |
| Salz- u. Pfefferbehälter 95 Pf. | 1 Tischläufer mit 100 Servietten 95 Pf. |
| Eierservice 95 Pf. | Romane, Jugendbücher, Märchenbüch. 95 Pf. |
| Tablets vernickelt 2 95 Pf. | |
| Tortenplatten 3 95 Pf. | |

Die Spielwaren-Austellung ist eröffnet!

Während der 95 Pf.-Tage: 4 Serien Damen-Mäntel Serie I 19⁵⁰ Serie II 29⁵⁰ Serie III 39⁵⁰ Serie IV 49⁵⁰

Berlin-Schöneberg Hauptstr. 149/150 Berlin-Nordosten Landsberger Allee 29 Neu-bau Turmstr. Ecke Ottostr.

